

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 22. August 1928
10. Jahrgang, Nummer 195

Gesamt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: höchstens 0,80 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Erwerbband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die gebogenhaltene Millimeterzeile über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kollagenpreis: Die gebogenhaltene Millimeterzeile über deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 580 89. Postfach Postbox: Breslau 544. **Redaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 37. **Sprechstunde der Redaktion:** von 12—13, Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Gleiwitz, Wilhelmstraße 20, Telefon 1008. **Görlitz:** Runtz 6, Telefon 2884. **Geschäftszeit:** von 9—19 Uhr. **Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau:** — **Verlag:** Schief, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — **Druck:** „Neubag“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Go müßt Ihr auch aufmarschieren!

Gegen Kriegsrüstungen, Panzerkreuzer, Koalitionspolitik — für Volksentscheid

100 000 Demonstranten in Leipzig beim mitteldeutschen Treffen



Die Massen auf dem Augustusplatz in Leipzig sammeln sich zum Abmarsch nach dem Stadion

Leipzig, 21. August.

Das rote Treffen gegen „Rüstungspolitik, Kriegsgefahr und Koalitionspolitik, für Volksentscheid gegen Panzerkreuzer“ gestaltete sich zu der größten Kundgebung, die Mitteldeutschland seit Jahren gesehen hat, und konnte sich mit dem Berliner Pfingsttreffen des KPD. messen.

Es waren etwa 50 000 uniformierte Frontkämpfer in Leipzig als Gäste eingetroffen. Weitere 50 000 werttätige Männer und Frauen konnte man zählen, die aus den Betrieben Mitteldeutschlands nach Leipzig geeilt waren. Erzgebirge und Vogtland beteiligte sich allein mit über 100 Lastautos. Berlin-Brandenburg wurde durch 8000 Frontkämpfer vertreten. Nicht nur aus Mitteldeutschland, selbst aus Hamburg, Stettin und Hannover waren Delegationen herbeigeleitet. Die auswärtigen Massen sammelten sich auf dem Augustusplatz in Leipzig, der von Zehntausenden von Proletariern umsäumt war.

Großen Eindruck machten auf die Massen zwei Panzerkreuzer, die als Attrappen einigen Zügen vorangetragen

wurden. Start war vor allem die kommunistische Jugend vertreten, die sich geschlossen aus Mitteldeutschland beteiligt hatte. Weiter machte großen Eindruck die Lösung der mitmarschierenden Rot-Front-Jugend: „Nur über unsere Leichen geht der Weg zur Sowjetunion.“

Auf dem Augustusplatz sprach unter anderen der zweite Bundesvorsitzende Willi Leow zu den Massen und Paul Wötter.

Nachmittags gegen 14,30 Uhr setzten sich die Massen in Bewegung nach dem Sportstadion. Der Zug dauerte über 3½ Stunden. In den Straßen, die die Züge passierten, standen bis zu Viererreihen gestaffelt die Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen, um demonstrativ ihre Solidarität mit dem Aufmarsch zu begründen. Die Straßen waren in ein Meer von Rot getaucht. Auch in den Vierteln, wo bekannt war, daß hier in der Hauptsache sozialdemokratisch organisierte Arbeiter wohnen, waren die Häuser geslaggt. Aus allen Fenstern grüßten und winkten rote Fahnen. Im Sportstadion sprach noch einmal Willi Leow und als Vertreter der KPD. Genosse Hugo Eberlein.

Heraus zu wichtigen Massenfundgebungen

Heuteabend

Dienstag, den 21. August

Breslau: „Schießwerder“, 20 Uhr. — Referent: Gen. Landtagsabgeordneter Wollweber

Oppeln: 19,30 Uhr, auf dem Wilhelmsplatz

25. und 26. August:

Rotes Frauentreffen in Breslau

Mittwoch, den 22. August:

Waldenburg: „Edelstein“, 19,30 Uhr Referent: Genosse Reimann

Kauffung: Referent: Genosse Heuck

Penzig: Referent: Genosse Adolf Franz

Donnerstag, den 23. August:

Langenbielau: Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber.

Münsterberg: „Schützenhaus“, Referent: Genosse Reimann.

Rauscha: Referent: Genosse Adolf Franz.

Bolkenhain: „Grüner Baum“, Referent: Genosse Heuck

Freitag, den 24. August:

Niesky: Referent: Genosse Adolf Franz

Schweidnitz: Referent: Genosse Reimann

Sagan: Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber

Görlitz: Referent: Genosse Heuck

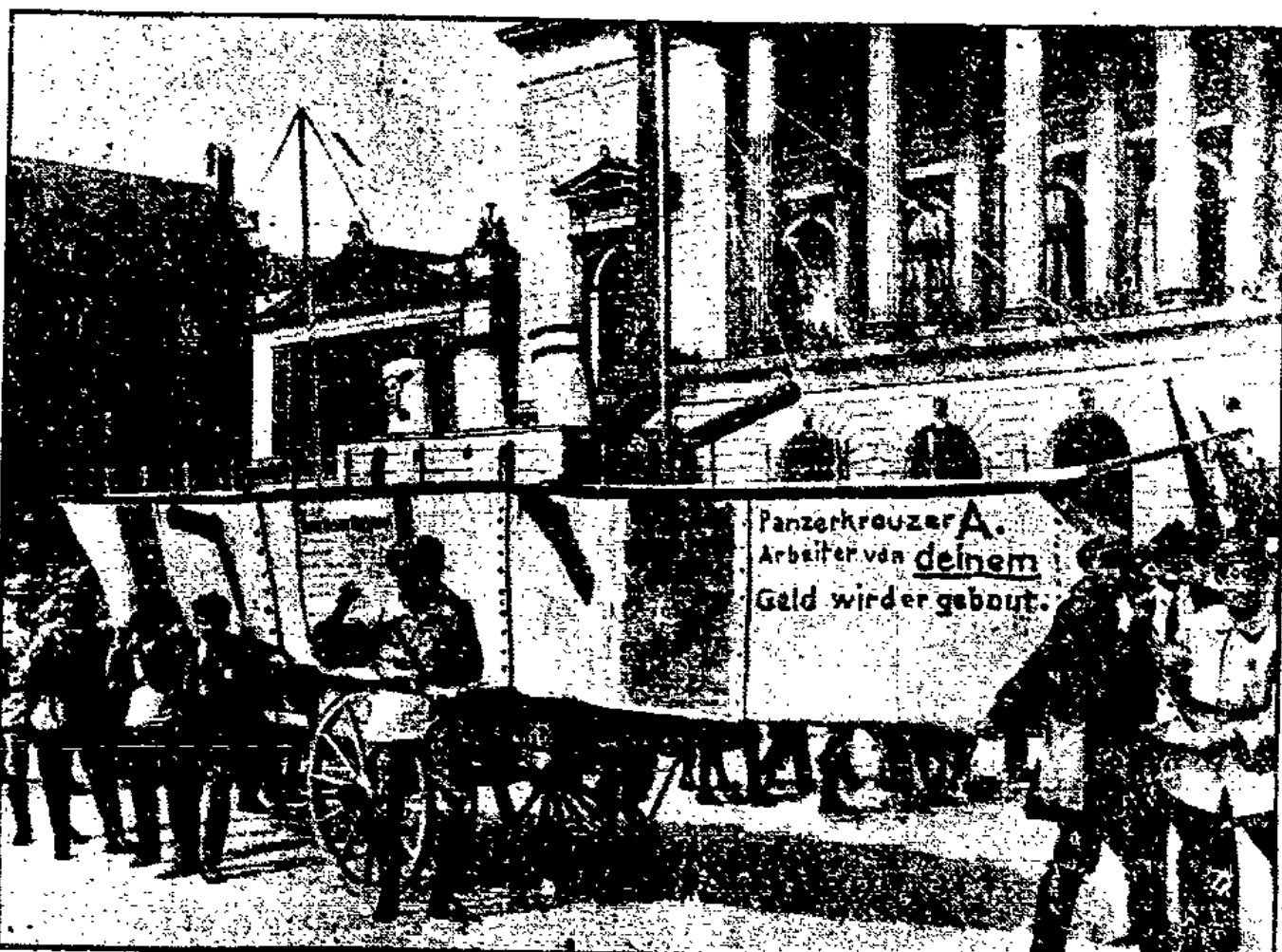
Einberufung des Ältestenrats

21. Berlin, 20. August. — Präsident L ö b e hat den Ältestenrat des Reichstages für Montag, den 27. August, vormittags 11 Uhr, eingeladen, um über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages wegen des Panzerkreuzerbaues zu entscheiden. Lange genug hat es gedauert!

Kabinettsitzung am Mittwoch. Am Mittwoch tritt das Reichskabinetts zu einer besonderen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen allgemeine politische Fragen. Der Reichsinnenminister Eberling wird an dieser Sitzung nicht teilnehmen, da er bereits wiederum nach B a d E m s abgereist ist. Die Frage des Volksbegehrens wird daher wohl nicht in dieser Kabinettsitzung behandelt werden.

Sachliche Provokation in Südtirol

Nach Meldungen aus Brigen wurde dort in der Nacht vom 16. auf den 17. August zwischen den beiden Türmen des Domes eine große Fahne in den in Südtirol verbotenen Farben rotweiß aufgezogen. In den Morgenstunden wurde die Fahne sofort vom Militär heruntergeholt. Noch in den Vormittagsstunden begannen Verhöre und Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Wie der „Tiroler Anzeiger“ berichtet, ist man in B r i g e n einhellig der Meinung, daß der Fahnenzwischenfall von den Faschisten selbst inszeniert worden ist, der ungeheure Erregung auslöste.



Der Panzerkreuzer A wird im Zuge mit der Aufschrift: „Arbeiter, von Deinem Gelde wird er gebaut!“ mitgeführt

Keine Illusionen! Klare Fronten!

Was sind Illusionen? Trugbilder, Vorstellungen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen, Hoffnungen auf Erfüllung bestimmter Wünsche, ohne die Bedingungen zu sehen, unter denen sie erfüllt werden können.

Keine Illusionen! Erkenntnis der Wirklichkeit, wie sie ist. Das ist die Bedingung jedes Kampfes, die Bedingung des Sieges. Seitdem es unterdrückte und herrschende Klassen gab, kam es den letzteren immer darauf an, in den Köpfen der Unterdrückten Illusionen zu erzeugen, um sie vom Kampf abzuhalten. Seitdem es unterdrückte und herrschende Klassen gibt, muß es den um ihre Befreiung kämpfenden darauf ankommen, die Illusionen aus den Köpfen ihrer Widersacher zu entfernen. Die Ausbeuterklasse konnte die Arbeiter bisher niederhalten, sie gegeneinander in Kriege ziehen, nicht nur mit Hilfe der nackten Gewalt der Bajonette und der Galgen, sondern auch mit Hilfe der Illusionen, die im Bewußtsein der Massen mit Hilfe von Kirche, Schule, Presse usw. erzeugt wurden.

Der Weltkrieg war möglich infolge der pazifistischen Illusionen der Massen, die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie in den Nachkriegsjahren infolge der demokratischen Illusionen. Heute kann der Imperialismus nur Kriege vorbereiten, heute kann das Kapital nur herrschen, weil die demokratischen und pazifistischen Illusionen in den Köpfen der reformistischen und vom Reformismus beeinflussten Arbeiter noch weiter ipulsen.

Die letzte Illusion der tausendmal betrogenen und verratenen Massen war der Glaube, daß der Wahlsieg der Sozialdemokratie ihre wirtschaftliche Lage verbessern, den Massenbelastungen, Steuerraub und Zollewucher Einhalt gebieten, den Panzerkreuzerbau und die Kriegsausgaben der Bourgeoisie aufhalten würde.

Die Kommunisten haben die Massen vor und nach den Wahlen vor diesen Illusionen gewarnt. Sie sagten, wie es kommen wird. Die Wirklichkeit selbst, nicht die Warnungsrufe der Kommunisten wird die Illusionen zerstören, die die sozialdemokratischen Arbeiter bisher vom Kampf um ihre Tagesinteressen, vom Kampf um den Sozialismus abhielten.

Mit dem Panzerkreuzerbeschluß des Koalitionskabinetts begann es. Der Beschluß des SPD-Parlamentsausschusses wird weitere Illusionen zerstören. Opposition gegen den Panzerkreuzerbeschluß bei führenden SPD-Instanzen? Bei den „linken“ SPD-Führern? Die geheuchelte Aufregung, der vorgedrückte Entrüstungsturm, der in den ersten Tagen durch die SPD-Presse dahindröhrt, war wohl gut gemeint, solche Illusionen weiter zu nähren. Sie sind nun erledigt, die Illusionen, die falschen Hoffnungen vieler sozialdemokratischer Arbeiter auf einen Kampf ihrer Abgeordneten, ihrer Parteiführer gegen Panzerkreuzerbau und Panzerkreuzerpolitik. Die falschen Hoffnungen auf die „linken“ Führer, die, um den Betrag fortzusetzen, sich als die Betrogenen hinstellten. Wahrscheinlich, sie sind keine betrogenen Betrüger. Sie hatten keine Illusionen über den Panzerkreuzerbeschluß, über die Haltung der Reichsregierung, Hilferding und Wissell im Kabinett. Wer daran noch zweifelte, soll die Befestigung Paul Levis lesen. Sie hatten höchstens eine Illusion, die „linken“ Führer, daß es ihnen immer und ewig gelingen kann, die sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren radikalen Phrasen zu betrogen.

Es wird anders kommen. Die Zerschlagung der Illusionen kann und wird nicht halt machen bei den „Linken“. Und jede zerstörte demokratische, pazifistische, zentristische Illusion tut einen Schritt vorwärts zur Revolutionierung der Massen. Wir fördern, wir bejahen, wir lösen diesen Prozess, indem wir den Arbeitern klar sagen, was ist, und mit derselben Klarheit sagen, was zu tun ist.

Wir Kommunisten haben keine Illusionen. Wir haben auch keine Illusionen über den Volksentscheid. Wir sagen den Massen, daß die demokratische Verfassung des Bürgerturns mit oder ohne Volksentscheid nur die Verschleierung der Diktatur der herrschenden Klasse über die werktätigen Massen ist. Wir verheizen auch nicht, daß die Bourgeoisie sich über ihre eigene Verfassung jederzeit lustlos hinwiegend, dem Volksentscheid laotieren und anhängen wird, wenn er ihren Interessen widerspricht.

Gerade deshalb ist der Volksentscheid ein wichtiges Mittel zur Zerschlagung der Illusionen über die bürgerliche Demokratie als System. Nur ein Mittel der Entlarvung? Nein, der Volksentscheid ermöglicht gleichzeitig die Sammlung der breitensten werktätigen Massen, ihren Zusammenschluß, er ist der Ausgangspunkt einer Bewegung, die das Herz und Hirn der Massen ergreift, die die ganze Empörung und Erbitterung der betrogenen und verratenen Massen in Taten im Kampf, in Aktionen umzuwandeln soll.

Um was geht es in diesem Kampfe?

Um den Panzerkreuzer? Gewiß, es geht um den Panzerkreuzerbau, der aber nicht als eine einmalige Maßnahme der Koalitionsregierung, sondern als Ausdruck aller Pläne der Ausbeuterklasse und der Koalitionsregierung begriffen werden muß. Es geht um die Kriegskosten, die die Folge der Panzerkreuzerpolitik sind. Es geht um die Koalitionspolitik. Auch hier muß wieder die Illusion zerstört werden, daß der SPD-Beschluß irgendwelche eine Angelegenheit für sich sei. Nicht einmal, nicht zweimal, immer wieder und überall gilt es zu zeigen, daß dieser „einmalige“ Beschluß, der „nur“ den Bau eines Panzerkreuzers zuläßt, welcher „nur“ 80 Millionen kostet, in Wirklichkeit die Erschließung des Trüffelabbaus und der SPD über Milliardenentwässerungen und Belastungen der Werktätigen bedeutet.

Auch der Beschluß des SPD-Parlamentsausschusses ist die wiederholte Behauptung einer Gesamtschuld. Keine Ablehnung der kommenden Raten, keine Ablehnung der Panzerkreuzer B, C, D, resp. die Zustimmung zur Panzerkreuzerpolitik — das bedeutet Zustimmung zu der gesamten imperialistischen Außen- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, zum Zwangs- und Wirtschaftszwang, zur Fortführung der imperialistischen Kapitalistischen Nationalisierung auf Kosten der Werktätigen, zum Abbau des Arbeiterstandes, zur Senkung des Reallohnes.

Gegen diese Politik heißt es den Kampf zu führen. So führt der Weg von der Zerschlagung der Illusionen zur Erkenntnis, daß es sich um einen und denselben Kampf handelt, wenn die Massen sich für den Volksentscheid, gegen den Bau von Panzerschiffen und Kreuzern einsetzen, und wenn sie mit uns Kommunisten gegen die imperialistische Kriegsgesfahr in ihrer Gesamtheit, gegen Koalitions- und Sozialpolitik der SPD kämpfen. Ein Kampf, ein Sieg, ein Ziel. Das muß der Sinn des Kampfes sein.

Ausbreitung der Typhusfälle in und um Potsdam. In Berlin, 20. August. Der Ausbruch des Typhus in Potsdam und der weiteren Umgebung konnte noch nicht halt gehalten werden. Im Laufe des Sonnabendabends und des gestrigen Sonntags sind sechs bis sieben neue Fälle, darunter zwei in Potsdam, hinzugekommen, so daß im städtischen Krankenhaus und im Joseph-Spital jetzt 31 Typhusfälle liegen. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Fälle, die durch Bakterienträger hervorgerufen sind, da nach Ansicht der Medizinischen Fakultät der Verdacht der Erkrankung in Berlin endgültig abgegrenzt ist.

Wer bezahlt den Panzerkreuzer?

Die Massensteuern während der letzten vier Monate

Nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums sind an Steuern und Zöllen im Juli 1928 2108 Millionen Mark eingegangen. Den Löwenanteil an dieser Milliardenentnahme aus den Steuern tragen wieder die Zölle und Massensteuern.

128 Millionen Mark entfallen auf den Lohnzehnten, 188,5 Millionen Mark auf die Umsatzsteuer, 151,2 Millionen Mark auf die Zölle, 150 Millionen Mark auf die Verbrauchssteuern und 81 Millionen Mark auf die Beförderungssteuern. Mehr als 60 Prozent der Einnahmen im Juli tragen die werktätigen Massen. Dabei ist der Juli ein Monat, der besonders hohe Einnahmen aus den sogenannten Besitzsteuern bringt. Denn in ihm werden die vierteljährlichen Vorauszahlungen für die Einkommensteuer und Vermögenssteuer der Besitzenden fällig. Obwohl also im Juli bereits für drei Monate ein Teil der Besitzsteuern vorherbezahlt worden ist, beträgt das Aufkommen aus den Massensteuern weit mehr als die Hälfte aller Reichseinnahmen.

Mit dem Juli sind die ersten vier Monate des Finanzjahres 1928/29 zu Ende. Für diesen dritten Teil des Finanzjahres ergibt sich eine Gesamteinnahme aus den Steuern und Zöllen von 3,16 Milliarden Mark. Das bedeutet bei einem Voranschlag der Steuereinnahmen für das ganze Jahr von 8,86 Milliarden Mark

eine diesen Voranschlag überschreitende Mehreinnahme von 210 Millionen Mark.

Wo kommen diese 210 Millionen Mark her? Die Umsatzsteuer hat 70,7 Millionen Mark über den Voranschlag gebracht. Die Lohnsteuer über 50 Millionen Mark, die Beförderungssteuer über 5 Millionen Mark. Der Mehrertrag aus den Zöllen stellt sich auf acht Millionen Mark. Während so aus den Zöllen und Massensteuern viele Millionen Mark mehr als vorgesehen herauskommen, zeigt sich bei den sogenannten Besitzsteuern die umgekehrte Entwicklung. Die Vermögenssteuer weist gegen den Voranschlag eine Mindereinnahme von 63,8 Millionen Mark auf, die Erbschaftsteuer von 8,5 Millionen Mark.

Hilferding, der sozialdemokratische Finanzminister der Hindenburg-Republik, hat in der Kabinettsitzung, die den Bau des Panzerkreuzers beschlossen hat, ausgeführt, daß die günstige Entwicklung der Finanzlage, die vor sechs Wochen noch eine wirkliche Senkung der Lohnsteuer nicht zuließ, jetzt den Bau des Panzerkreuzers zulasse. Wer bezahlt diesen Bau? Darauf hat Hilferding nicht geantwortet. Die Statistik aber seines eigenen Ministeriums gibt darauf die Antwort: Die werktätigen Massen bezahlen die imperialistische Aufrüstung mit den Zolleinnahmen und den Massensteuern.

Das Geheimnis des „Gowjetkrieges“ in der Mongolei

DE. Moskau, 20. August.

Die offiziellen „Iswestija“ bezeichnen die Meldungen der westeuropäischen Presse über den Ausbruch eines Krieges der äußeren Mongolei gegen den Mongolen „staat“ Barga als unheimliche Uebertreibung. Es handle sich hier um Alarmnachrichten der japanischen und der russischen Emigrantenspresse, wobei der Zweck verfolgt werde, die Wege für ein etwaiges japanisches Eingreifen zu ebnen. Tatsächlich handle es sich nur um bewusste Versuche, welche den Verkehr auf der ostchinesischen Bahnlinie behindern, von einem „Kriege“ und von „Truppenkonzentrationen“ könne nicht die Rede sein.

Ferner weisen die „Iswestija“ darauf hin, daß japanische Blätter Unruhen in diesen Gebieten schon vorausgesagt (!) hätten, bevor sie ausbrachen und bezeichnet diese genaue Kenntnis kommender Ereignisse als sehr verdächtig und seltsam.

Auch die „Telegraphen-Union“ berichtet aus Peking nur von Bandenüberfällen auf einer Strecke der chinesischen Ostbahn

der Werktätigen hat die kommunistische Aktion für den Volksentscheid gestülpt. Diesen Massendruck widerspiegelt die „Welt am Montag“. Natürlich will der Geschäftspazifist und Antikommunist von Gerlach ganz etwas anderes als dem Ziele dienen, das die Aktion der kommunistischen Partei bezweckt: „Natürlich muß der Text anders aussehen als der zunächst vor den Kommunisten als Vorschlag veröffentlichte mit dem ewigen Verbot jedes Panzerschiffbaues.“ Herr von Gerlach will sich nach dem Beispiel der Ebert und Wels „an die Spitze der Bewegung stellen, um sie abzubiegen“.

Nur die kommunistische Partei wird die Massen wirklich zum Kampfe gegen die Kriegsführung der Trustregierung führen.

Lohnkämpfe im Bergbau Waldenburg gekündigt

Waldenburg, 21. August. Die am Sonntag tagende Konferenz des Bergarbeiterverbandes beschloß die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. August und stellte folgende Forderungen auf: Eine 15prozentige Erhöhung der Löhne für alle Bergarbeiter. Besondere Berücksichtigung der Arbeiter unter 20 Jahren. Bei Arbeitstagearbeiten soll die Staffellage von 20-24 Jahren in Wegfall kommen.

Ausgleich in den Löhnen für Holzeiarbeiter. Erhöhung des Bergarbeiterlohnens auf 10 Prozent höher als Zimmerhauerlohn. Erhöhung des Wasserlohnens auf 50 Hg.

Eine von der Opposition vorgelegte weitergehende Entschliessung zur Lohnfrage, welche die Erhöhung der Löhne auf 90 Prozent der Ruhegehälter, besondere Berücksichtigung der Löhne für die jüngeren Arbeitergruppen und die Herabsetzung des Bergarbeiterlohnens auf 10 Prozent über den Zimmerhauerlohn gleichfalls verlangte, wird gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Eine weitere Entschliessung der Opposition, die unter Hinweis auf die ungeheure Leistungssteigerung im Niederschlesischen Bergbau die Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens zum 31. August verlangte, wurde gegen 32 Stimmen abgelehnt. Wir kommen auf die Konferenz noch zurück!

Hinein in die SPD!

Unser halbeschweres Bruderorgan, der „Klassenkampf“, schreibt in seiner Nummer vom 18. August:

„In den letzten Wochen wurden neben den schon veröffentlichten noch in folgenden Orten Ortsgruppen der kommunistischen Partei gegründet:

- Unterbezirk Torgau: Prischla mit 15 Mitgliedern; Langenreichenbach mit 12 Mitgliedern; Cisdöben mit 10 Mitgliedern.
- Unterbezirk Weiskopf: Kösseln mit 17 Mitgliedern, Burgwerben mit 8 Mitgliedern, Lohau mit 14 Mitgliedern.
- Unterbezirk Saalkreis: Dömsbunde mit 12 Mitgliedern, Lohau mit 5 Mitgliedern.
- Unterbezirk Sangerhausen: Bleicherode mit 21 Mitgliedern; Volktramsbhausen mit 15 Mitgliedern.
- Unterbezirk Mansfeld: Erbsborn mit 15 Mitgliedern.

Hinein in die kommunistische Partei! Diese Antwort auf die Taten der Panzerkreuzerpolitik müssen auch die schlesischen und oberhessischen Arbeiter geben.

Die Wahlen in Griechenland

Nach den aus Athen vorliegenden Wahlergebnissen erhielten die Venizelisten besonders in Athen, Piräus, Saloniki, Epirus, in Thracien und auf Kreta 80 vom Hundert der abgegebenen Stimmen. Der Sohn Venizelos wurde gewählt. Die Partei Pangalos und die Fortschrittspartei erlitten eine bedeutende Niederlage. Der Sieg Venizelos ist sicher.

Nach späteren Meldungen werden die Venizelisten mehr als 200 Sitze in der neuen Kammer einnehmen, während alle übrigen Parteien nicht mehr als 50 erhalten werden. Die Niederlage der Royalisten ist vollstän-

Wir kommen auf das Wahlergebnis noch zurück.

SPD. und Volksentscheid

Der sozialdemokratische Pressedienst stellt im Anschluß an unsere Aufforderung zur Beteiligung am Volksentscheid die Frage, ob „auch die Sozialdemokratie jene Voraussetzungen erfüllt, die für die Einladung maßgebend sein sollen“.

Das tut er an dem gleichen Tage, an dem die imperialistische Außenpolitik des Parteivorstandes einen vollen Sieg davongetragen hat und die Bewilligung der weiteren Rüstungsraten sichergestellt worden ist.

Wir werden die sozialdemokratischen Arbeiter rückerlich zur Beteiligung einladen, ihrem Klaffenden Vertrauen. Wir haben sogar die Hoffnung, daß noch eine Reihe anderer Organisations sich zu proletarischem Handeln aufraffen können und den Kampf an anderer Seite aufnehmen werden. Die „Demokratie“ in Staat und Wirtschaft, die die SPD-Führer ausführen, wird ja in nächster Zeit den Arbeitern noch an allerhand anderen Ereignissen und sozialdemokratischen Handlungen klar werden.

Mit den Wels Müller, Wissell, Hilferding und Leipartz zusammen zu kämpfen, wird das deutsche Proletariat gewiß nicht in Gefahr kommen, genau so wenig, wie mit den Groener, Curtius, Gerard und Westarp.

„Alle Einzelemente für den Volksentscheid!“

In der „Welt am Montag“ steht von Gerlach sein Wehklagen über den Panzerkreuzerbau fort: „Alle Kundgebungen, alle Zuschriften, die unzählbar aus dem ganzen Lande hereinströmen, sind nur auf zwei Töne gerichtet: Verzweiflung und Empörung. . . Gerade weil ich das Anschwellen der kommunistischen Partei für ein demokratisches und pazifistisches Unglück halte, . . . empfinde ich die heutige Lage der deutschen Republik mit geradezu brennendem Schmerz. . . Die Kommunisten planen einen Volksentscheid gegen den Kriegsschiffbau im allgemeinen. Ich weiß nicht, ob sie eine juristisch und politisch einwandfreie Formel dafür finden werden. Wenn ja, bin ich unbedingt dafür, daß alle Einzelemente sich dafür einsetzen. . . Ich halte es mit Caprioli: Man soll das Gute nehmen, was man es findet. . .“

Und warum ist von Gerlach dafür? Bis in die tiefsten Klassen

Oberschlesien

Der kluge Hauptschriftleiter des „Doppelter Kurier“

An die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“!

Wir werden erst heute auf Ihren Artikel in Nr. 184 vom 9. August aufmerksam gemacht, mit der Überschrift „Kurier baut die Löhne ab“ unter Doppeln. Sie haben in diesem Artikel Behauptungen aufgestellt, die völlig unwahr sind. Es ist nicht einem einzigen Aussträger von uns ein Betrag gekürzt worden, der auch nur annähernd 10 Mark betrüge. Eine einzige Botin, die schon monatelang mit ihren Abonnementgebern im Rückstande war, und die am 1. Juli uns noch immer 10,95 Mark schuldet, die sie widerrechtlich einbehalten hatte, wurde dieser Betrag endlich von Ihrem Verdict abgezogen. Diefelbe Botin sollte wiederholt schon wegen unzuverlässigen Ausstragens (!), das uns wiederholt die größten Scherereien eintrug, entlassen werden. Unter Heulen und Wehklagen hat sie um Befassung in ihrem Revier. Nachdem wir nochmals trotz eigener geschäftlicher Schäden Nachsicht geübt hatten, ließ sie zu Ihnen bzw. zu Ihrem Doppeln Gewährsmann und stellte Ihnen zum Dank dafür die ganze Sache völlig verlogen dar. Auf derartige Gewährsleute brauchen Sie wahrhaftig nicht stolz zu sein. Wir zahlen noch heute mit die höchsten (!) Botenlöhne im Doppeln Bezirk und lassen uns auch in unserer sozialen Gesinnung von niemandem übertreffen (!). Keinesfalls bedarf es Ihrer sehr unmaßigen Randbemerkungen, denn unsere soziale Einstellung in allen öffentlichen Fragen steht uns viel zu hoch, als daß wir uns durch Ihr albernes Geschwätz herunterziehen lassen. Im übrigen könnten Sie sich glücklich preisen, wenn Sie in ganz Oberschlesien nur 10 Prozent unserer heutigen Abonnentenzahl aufweisen könnten. Es bedarf Ihres völlig einflusslosen Wäلتkens nicht, um unsere großen Erfolge (?) irgendwie zu mindern. Daß wir nicht die Hälfte des ganzen Abonnementgelbes als Aussträgerlohn geben können, sollte auch Ihnen einleuchten. Denn Sie werden sich ja nicht damit schmiegeln dürfen, mehr wie allerhöchstens 20 Prozent als Botenlohn zu zahlen. Wenn Sie das aber machen, ist das natürlich etwas anderes. Kommunistscher Kapitalismus war ja nach berühmtem Rezept noch nie Kapitalismus.

Wir fordern Sie hiermit auf Grund des § 11 des Pressegesetzes auf, bis zum 22. August folgende Berichtigung an gleicher Stelle in Ihrem Blatte erscheinen zu lassen, widrigenfalls wir die Angelegenheit unserem Rechtsanwalt übergeben werden zur Einleitung der gerichtlichen Klage.

Richtigstellung. Es trifft nicht zu, daß irgend einem Aussträger des „Doppelter Kurier“ 10 Mark oder auch nur ein annähernder Betrag vom Lohne abgenommen wurde. Einer Aussträgerin, die dauernd mit der Ausführung der von ihr eingezogenen Abonnementgelder im Rückstande blieb, wurden endlich die noch immer fehlenden, längst von ihr einlassierten 10,95 Mark einbehalten. Der „Doppelter Kurier“ zahlt nach wie vor mit die höchsten Botenlöhne im Doppeln Bezirk. Gegen unverkündete Ansprüche muß er sich allerdings ebenso wehren, wie die kommunistschen Zeitungen, weil auch bei diesen Einnahmen und Ausgaben in einem gewissen Verhältnis stehen müssen.

Hochachtungsvoll
„Doppelter Kurier“ G. m. b. H.
Redaktion
F. Schneider, Hauptschriftleiter.

Wir entsprechen dem Wunsche des Hauptschriftleiters und veröffentlichen nicht nur die „Berichtigung“, sondern auch das gesamte Beischreiben. Wir tun es, um unseren Lesern einmal zu zeigen, wie die geistige Beschaffenheit eines Hauptschriftleiters von einem kleinen bürgerlichen Blatt ausseht. An Herrn Schneider, Hauptschriftleiter am „Doppelter Kurier“, wollen wir in aller Öffentlichkeit folgende drei Fragen richten:

1. Ist Ihnen der Wortlaut des § 11 des Pressegesetzes bekannt? Dieser lautet im Absatz 1: „Der verantwortliche Redakteur... ist verpflichtet, eine Berichtigung... auszu-

nehmen, sofern die Berichtigung... sich auf tatsächliche Angaben beschränkt.“ Der übergroße Teil der oben wiedergegebenen „Berichtigung“ entspricht nicht den Anforderungen des Pressegesetzes. Zum Abdruck waren wir nicht verpflichtet. Wenn wir es dennoch taten, so nur, um dem Hauptschriftleiter des „Doppelter Kurier“ einmal zu zeigen, wieviel es er noch zu lernen hat.

2. Wissen Sie, Herr Schneider, was der Ziel der Kommunisten ist? Sie reden von „kommunistischem Kapitalismus“. So etwas gibt es nicht. Die Kommunisten wollen das Privateigentum und damit den Kapitalismus abschaffen und den Sozialismus errichten. Solange der Kapitalismus noch besteht, treten sie selbstverständlich für möglichst hohe Löhne ein und zahlen sie auch an die in kommunistschen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Berichterstatter, Kolporteurs der „A. = Z.“

aus dem Industriegebiet Oberschlesien

Kommen am Sonntag, dem 26. August, 9,30 Uhr (vorm.), nach Gleiwitz ins Vereinszimmer der „Vier Jahreszeiten“ Wichtige Fragen stehen zur Beratung. Keiner darf fehlen. Vertreter des Verlages und Redaktion nehmen an der Konferenz teil.

3. Seit wann ist es Aufgabe eines Hauptschriftleiters, sich um die geschäftlichen Angelegenheiten des Verlages zu kümmern? Oder ist es im „Doppelter Kurier“ üblich, daß der Hauptschriftleiter neben seiner Redaktionsstätigkeit auch noch die Geschäfte der Expedition und Inseratenabteilung abwickelt? Das ist doch nur in sehr kleinen Zeitungsverlagen der Fall, der „Doppelter Kurier“ will doch aber zehnmal mehr Abonnenten als die „Arbeiter-Zeitung“ haben, also muß es ein Blatt mit einer außergewöhnlich starken Auflage sein. Oder geschieht die Zusammenlegung der Redaktions- mit der Geschäftsstätigkeit aus anderen Gründen, um etwa zu verhindern, daß der Redakteur etwas schreibt, was den Auftraggebern von Inseraten usw. nicht passen könnte? Vielleicht gibt uns Herr Schneider darüber Aufklärung.

Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung, daß wir uns so ausführlich mit dem „Doppelter Kurier“ beschäftigt haben. Wir stellen es aber für notwendig, einmal aufzuzeigen, wie es um das Wissen, Bildung und Ansehen an den Redaktionen der bürgerlichen Blätter bestellt ist.

Arbeitszeitstreiks in der Textilindustrie Westschlesiens folgte die Nichtverbindlichkeitsklärung des Lohnspruches für die Herrenkonfektion. Im Lohnstreit des ober-schlesischen Gastwirts-gewerbes sehen wir dasselbe Bild. Daraus ergibt sich für die Arbeiter die Notwendigkeit, nicht auf den Schlichter und Arbeitsminister die Hoffnungen zu setzen und die Verbindlichkeitsklärung zu verlangen, sondern die notwendigen Lohn- und Arbeitszeitverbesserungen im offenen Kampf durchzusetzen.

Ratibor

Bürgerlicher Sport

21. Ratibor, 20. August. Das Spiel und den Aufstieg bzw. Abstieg in die Ligaklasse zwischen Preußen 06 Ratibor und der Spielvereinigung Beuthen, das mit einem Siege von 4:1 für Ratibor endete, hatte einen unangenehmen Ausgang. Schon während des Spieles hatten die etwa 100 Beuthener Zuschauer den Schiedsrichter wiederholt gezwungen, das Spiel abzubrechen. Nach dem Spiel revanchierten sich die Beuthener in der Herzoglichen Schloßkantine für ihre Niederlage durch eine große Schlägerei, bei der die Ratiborer Sportleute Messerstücke in den Kopf sowie Fußtritte einstecken mußten.

Kreuzburg

Jungbanner macht einen Ausflug. Am Sonntag 9 Uhr wollte das Jungbanner einen Ausflug veranstalten, doch war um 9 Uhr noch kein Mensch zu sehen. Erst um 11 Uhr sah man einen einzigen in Uniform. Es waren insgesamt vier Mann anwesend. Es ist anzunehmen, daß in aller nächster Zeit das Jungbanner aus null Mitgliedern bestehen wird.

Schwarzweirrotgoldene Einheitsfront. Am 12. August veranstalteten die bürgerlichen Vereine ein Jahrgedenkfest in Ritschen. Unter Vorantritt der Landeschützenkapelle marschierte auch der Arbeiter-Turnverein mit. (Der Arbeiter-Sportverein befindet sich in den Händen der SPD.) Was braucht man noch mehr? Heberall Einheitsfront zum Kampf gegen revolutionäre Arbeiter!

Arbeitsstellen der Landeschützen. Die „grünen Jungas“ veranstalteten ihr Treffen. Die Proleten werden das Vergnügen haben, vor vollgepflegten Speichern Parademarsch zu klappen.

Bau einer Bedürfnisanstalt. Wie wir erfahren, soll nun endlich am Festplatzmarkt mit dem Bau einer Bedürfnisanstalt begonnen werden. Doch ist der Platz recht unglücklich. Die Anstalt kommt gerade vor das Kolonialwarengeschäft hin, so daß sie es ganz verdeckt. In der Mitte des Platzes wäre der Bau besser angebracht.

Oppeln

Protestiert gegen den Panzerkreuzerbau

Kommt zur öffentlichen Kundgebung für den Volkswortführer über den Panzerkreuzerbau am Dienstag, dem 21. August, 19,30 Uhr auf dem Wilhelmplatz. Derrote Frontkämpferbund tritt mit Kapelle um 19 Uhr im Schützenhaus an.

Nachmarsch der Jungfront!

Der Hornist bläst und jeder weh! — der Nachmarsch naht. Um 19 Uhr tritt die Jungfront an. Das Kommando erwidert: „Vorwärts marsch“. Der Zug setzt sich in Bewegung. Mit dem Gesang der Internationale ziehen wir zur Stadt hinaus. Drei Jungfront-Kameraden beschönern den Nachmarsch durch Musik. — „Alles Galt. Bessele verfangen!“ — Am Lagerplatz angelangt, wird Feuer gemacht und unser Koch bereitet ein gutes Abendbrot. Mit welchem Appetit dieses eingenommen wird, kann man gar nicht beschreiben. Einige gehen in die Scheune schlafen, der größte Teil schläft im Freien. Waden — und schon wieder essen. Danach wird Sport getrieben und gebadet. Dann wieder alles sammeln und antreten zum Nachmarsch. Stolz, wieder etwas gelernt zu haben, geht es heimwärts.

Statt Wohnungen — Kirchen. Ein Baradenbewohner schreibt uns: In der Pfarrkirche zu Oppeln sind 3400 Mark zum Bau einer Kirche in Notwendigkeit gekommen. Kirchen werden also gebaut. Und Wohnungen? Wenn es regnet, so kann man bei uns nicht schlafen, weil die Wassertropfen einem auf die Nase fallen. Wie oft haben wir uns schon beschwert! Wohl wurde uns versprochen, das Dach zu teeren, aber wann wird es gemacht? Das sind so Zustände in der Republik unter sozialdemokratischer Führung.

Achtung, Parteigenossen! Mitgliederversammlung der Partei am Mittwoch, dem 22. August, abends 7,30 Uhr im bekannten Versammlungssaal. Alle Parteimitglieder haben zu erscheinen.

Reinert! Die Zahlung der Kleinrentnerunterstützung findet am Montag, 27. August 1928, die Zahlung der Zuschüsse an Sozialrentner am Dienstag, dem 28. August 1928, vormittags von 9—1 Uhr in der Poststelle des Hofratsamtes, Malapaner Straße, statt. Es wird dringend ersucht, den Zahlungstermin einzuhalten.

Ost-Oberschlesien

Streit wegen Lohnabbau

In der Schraubenfabrik von Pollat in Biala brach ein Streit aus. Der Anlaß zu diesem ist die Reduzierung des Akkordlohnes in Höhe von 10 Prozent. Es befinden sich gegen 200 Personen im Ausstand.

Hüttenbauarbeiter ungebrosen

Die Zahl der streikenden Bau- und Tischlerarbeiter, welche seit zwei Wochen in vierzehn Hütten streiken, beläuft sich auf 2000 Arbeiter. Die streikenden Arbeiter fordern nach wie vor die Einführung des Achtstundentages und eine zwanzig- bis dreißigprozentige Lohn-erhöhung sowie einen speziellen Zuschlag.

Versammlungskalender

- Partieveranstaltungen
- Beuthen. Dienstag, 21. August, 19,30 Uhr außerordentl. Funktionärs-sitzung bei Neumann.
- Oppeln. Mittwoch, 22. August, 19,30 Uhr Mitgliederversammlung im bekannten Lokal.
- Gleiwitz. Freitag, 24. August, 19 Uhr Ortsgr.-Mitgliederversamm-lung in den „Vier Jahreszeiten“, Biefliger Straße.
- Ratibor. Sonnabend, 25. August, 17 Uhr Funktionärsitzung „Stahl Troppau“.
- Mieschowitz. Sonnabend, 25. August, 18 Uhr öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Jabasch.
- Ratibor. Sonntag, 26. August, 11 Uhr öffentliche Versammlung auf dem Ringe.
- Gleiwitz. Sonntag, 26. August, 9,30 Uhr Konferenz der Arbeiters-korrespondenten und Kolporteurs der „Arbeiter-Zeitung“ in den „Vier Jahreszeiten“.
- Roter Frontkämpfer-Bund
- Oppeln. Untergauführersitzung am 23. August 19,30 Uhr im Partel-brau.
- Oppeln. Kameradschaftsabend der Kameradschaft Stadt am Sonn-abend, dem 26. August, im „Hohenzollern“, Malapaner Straße.
- Oppeln. Gartenkonzert der Schalmeykapelle am Sonntag, dem 26. August, ab 3,30 Uhr im „Bürgergarten“.
- Oppeln. Rote Jungfront. Mittwoch, dem 22. August, Mitgliederver-sammlung im „Schützenhaus“.
- Sonstige Organisationen
- Oppeln. Freie Turnerschaft. Sonnabend, dem 25. August, 19,30 Uhr bei Ewina, Ring, Generalsversammlung mit sehr wichtiger La-gesordnung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Panzerkreuzer-Sozialisten

Was haben wir für herrliche Genossen! Wie viele Tränen haben sie vergossen. Im alten Reichstag tobten sie und stürzten. Wenn sie etwas vom Panzerkreuzer hörten.

Sie fühlen sich mollig jetzt im Kabinett, Sie sind so artig dort und so honett. Sie machen wieder einmal große Politik. Sie hat's doch gut, die deutsche Republik!

Ganz wie bei Wilhelm: Volk, du wirst bekaut! Der Panzerkreuzer — der wird stramm gebaut! Nach 14/18 ist der Fall ein trasser, Deutschland liegt schon wieder „auf dem Baieer!“ W. K.

Gleiwitz

Spruch für Gastwirts-gewerbe nicht verbindlich

WGL Beuthen, 20. August. Der vom amtlichen Schlichtungs-ausschuss in Gleiwitz am 26. Juli gefällte Schiedspruch, betreffend die Tarifverhältnisse zwischen den ober-schlesischen Gastwirtsvereinen und den Gastwirtsangestellten war von den Arbeitgebern nicht angenommen worden. Aus diesem Grunde hatte sich der staatliche Schlichter für die Provinz Oberschlesien, Professor Dr. Trahn, mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Seitens des staatlichen Schlichters ist nur die Erklärung eingegangen, daß dem Schiedspruch aus formellen Grunde die Verbindlichkeitsklärung versagt werden muß. Der Schiedspruch enthielt nämlich Bestimmungen über den Manteltarifvertrag, der noch bis zum 1. Sep-tember 1928 gültig ist. Eine Zustimmung der Parteien ist aber ohne eine Veränderung des Manteltarifes nicht möglich. Unter diesen Um-ständen hatte sich der staatliche Schlichter mit der materiellen Seite der Tarifverhältnisse nicht zu beschäftigen brauchen.

Zimmer mehr zeigt es sich, daß das Schlichtungssystem auch nach der Personenänderung im Reichsarbeitsministerium sich ausschließlich gegen die Arbeiter auswirkt. Nach der Verbindlichkeitsklärung des

Bestellschein.

Unterzeichneter bestellt hiermit die „Arbeiter-Zeitung“ für Schlesien und Oberschlesien zum Preise von 60 Pfg. die Woche frei Haus

Name: _____
Wohnung: _____
Vorberhaus - Seitenhaus - Quergebäude - Treppen
Dieser Schein ist ausgefüllt abzugeben an den Verlag Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 oder bei den Kolporteurs.

Görlitz
3 wichtige Punkte ● ● ● Riesen-Auswahl
Vertrauens-Qualitäten und die niedrigsten Preise
erleichtern Ihren Einkauf im
Kaufhaus z. Strauss Lindemann & Co. A.-G.
Görlitz 85404

Fritz Lange's
Radleiserei u.
Frühstücksstube
Nonnenstraße 5
85038

**Leber der
Arbeiter-**
Zeitung
beachtet
gütigst
unsere
Inserenten!

Die gute Brille - Der testsitzende Klemmer
Foto  Kino
Berliner Str. 3
Alfred Lüllig, Dipl. Optiker, Görlitz
Obermarkt 28
85408

Referiert Nr. 13
85405

Fahrräder :: Nähmaschinen
Ernst Seidel, Demianiplatz 19/20
85084

Karl Roch
Sollinger Stahlwaren
Messerschmiede und Schleiferei
Görlitz, Berlinerstraße 56
85053

Sämtliche Musikinstrumente
Liefert Musikhaus W u n s c h
Berliner Straße 23 - Frauenkirche 3
85052

Papierwaren, Leder- und Reiseartikel
W. Wälzke, Berliner Str. 27 u. Elisabethstr. 8
85051

**Selbstfabrikation
von Herren-Konfektion**
daher sehr niedrige Preise
Pese, Berliner Str. 4
85049

Robert Scholich, Kürschnerstr.
Hut - Hüte - Pelzwaren
Brüderstraße 12
84918

Optiker Postleb
Fach-Optiker
Salomonstr. 43, vis a vis b. Flebermaus
Brillen auch für Krankenkassen
84911

Lebensmittel 6% in blauen Marken
Erich Kleinert, Prager Straße 6 85056

Petersdorf i. Rsgb.
Walter Hirt - Kolonialwaren
Dellateffen, Haus- und Küchengeräte
84908

Fritz Verneis - Bannbäder
Klempnerei, Haus- und Küchengeräte
84997

Georg Messerrecht
Kolonialwaren, Tabak und Zigarren
84996

Max Wunsch / Petersdorf 223
Schuhwaren und Reparaturwerkstatt
84985

Helene Siebert, Dorfstraße 225
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
84994

Paul Bernhard
Uhren - Goldwaren - Optik
84993

Maria Schaefer, Weiß- u. Wollwaren
Damen- u. Kinder-Konfektion
84982

Georg Schaefer, Bekleidungs-Geschäft
Herrenkonfektion, Wäsche, Schuhwaren
84991

Otto Heidenreich
Konditorei u. Bäckerei
84951

Alfred Leisching
Drogen, Farben, Lacke, Pinse
84950

Ernst Thiemer - Eisenwaren
Autofahrerbetrieb - Reparaturwerkstatt
84949

Hermann Richter, Kolonialwarenhaus
Weine - Spirituosen - Küchengeräte
84943

Blumenau-Tannhausen
Kaffeehaus, Schokolade, Kuchengeschäft
84900

Marklissa
Billig und gut kaufen Sie bei
Rudolf Weiss, Markt 281
84941

Erich Schabel, Markt 101
Drogen, Farben
Kolonialwaren - Telephon 67
84940

M. Lorenz, Jacobstraße 31 pt.
Spezial-Betten-Geschäft
Elektr. Bettfedern-Reinigung
85407

Schuhwaren - Stiefel
für jeden Beruf - Reparaturen
eigene Werkstatt
Franz Kuhnert
Brüderstraße 10
85057

Gustav Mangelndorf
Brüderstraße 8
Wollwaren - Strümpfe
Trikotagen - Herren-Artikel
84915

Peizwaren
Hüte, Mützen
Carl Restel, Elisabethstraße 7
84913

Paul Renner
Inh. Fritz Schäfer
Peize - Hüte - Mützen
Berliner Straße 45
84917

Augen-Optik Arthur Trabs
Görlitz, Straburg - Passage 11
85050 Lieferant sämtlicher Krankenkassen

August Marschner, Nachfolger
Jnh. Dessau & Schulz, Demianiplatz 36
Kolonialwaren u. Kaffee-Konditorei
85055

Bestecke
bekannteste Marke
Juwelier Hermann Scholze & Sohn
Lange Straße 7
84912

Rauscha
Kolonial-, Feinstoff- und Tabakwaren
Hermann Schulz - Bebelstraße 64
84968

Kaufhaus Kurt Boser
Wäsche / Schnittwaren / Bekleidung
84957

Leberwaren, Haushaltungsartikel, Seifen
Frau E. Martosky, Bahnhofstraße 232
84966

Walter Sinkwitz
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen
Grammophone, Rinderwagen
Teillieferung
84965

Striegau-Gräben
Kolonialwaren und Schnittwaren
Anna Köhler, Gräben
85440

Brot- und Feinbäckerei
Fritz Nowak, Gräbenstraße 26
85439

Fleisch- und Backwaren
Paul Berghard, Gräbenstraße 8
85437

Valentin Reich, Fleischermeister
Fabrikation
feiner Fleisch- und Wurstwaren
85441

**Verlangt stets
Haselbach- u. Schaltheiß-Bier**
Paul Sperlich, Gräben 1
85439

**Fahrräder
Nähmaschinen
Grammophone**
Aug. Feist, Wilhelmstraße 3
85383

Kauft bei Licht, Ring 37
85387

Mifa-Fahrräder
- Bequeme Teilzahlung -
Fabrikverkaufsstelle Bahnhofstraße 62
85384

Reinhold Schwabe, Ring 9
Damen- und Mädchen-Bekleidung
Stoffe aller Art, Wäsche Strümpfe usw.
85384

**Billigste Bezugsquelle
für Qualitätswaren**
Bekleidungshaus H. Ostrower
Ring 48
85388

Arthur Hoffmann, Güntherstraße 2
Uhren - Goldwaren - Optik
85389

**Deinen Hut und Mähe kauf bei
Tschene, Güntherstraße 4**
85390

Karl Vogt, Güntherstraße 11
Rinderwagen, Motor- u. Bettstellen, Rotorbäder
85391

Schuhwarenhaus
Willy Heinemann, Wittigstraße 1
85395

E W A L D F R I T S C H
Bahnhofstraße 20
Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren
85392

**Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahr-
zeuge - Reparaturwerkstatt**
P. Böhmelt, Jnh. G. Obst, Bahnhofstr. 37
85393

Gerstl's Fisch-Spezialhaus, Sedanstr. 3
Zahl. frische Nordseefische, Räucherwaren usw.
85396

Eisenhandlung Emil Dig
Sämtliche Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Belannt billig / Schwelbener Straße 6
85397

Leopold Zuda
Thomasstraße 11
Textilwaren u. Konfektion
85398

Spezial-Seifengeschäft
Louis Wende, Jauerstraße 7
85436

Leipziger Einkaufszentrale, Wilhelmstr. 8
Felle / Hüte / Rauchwaren
85392

Wüsteglersdorf
Richard Wöschner, Hauptstr. 17
Herren- und Damenkonfektion
84904

Autovermietung
Fritz Rüdiger, Hut 7
84905

Kolonialwaren und Lebensmittel
GEORG FISCHER
84908

Uhrmacher Fischer, Hauptstraße
Uhren / Grammophone / Platten
84909

Ober-Wüsteglersdorf
Ernst Teichmann
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
und Küchengeräte, Trikots
85458

Dörrhaus
Gasthaus „Zu den drei Linden“, Dörrhaus
Bestes Ausflugslokal
84002

Landeshut
Sie kaufen
gut
bei  Die
Auswahl
ist
riesen-
groß
86081

Abolf Wengel / Fahrräder, Motorräder
Nähmaschinen - Autosfabrikanten
85030

Fritz Bogt, Waldenburger Straße 28
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
85029

Gatter, Waldstraße 25
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
85028

Josef Jäschke, Bechelstraße 27
Kolonialwaren, Weine, Zigarren
85027

Hermann Schubert's Nachf., Inh. Karl Wolf
Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte
Spirituosen
85026

Richard Hummer, Reichstraße 14
Feine Fleisch- und Wurstwaren
85020

Max Wolf, Perlestraße 5
Brot-, Fein- u. Weißbäckerei
85021

GUSTAV HAACKE
Damen- u. Herrenbekleidung
85022

Erich Friedrich, Oberstr. 1
Kolonialwaren / Dellateffen / Zigarren
Zigaretten - Tabak
95023

Richard Boas's Speise-Eis
ist und bleibt das Beste
85025

Stegfried Barak / Kirchstraße
Damen- u. Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mägen und Schnittwaren
85018

Dr. Dr. Kurt Plischke
Waldenburger Str. 9
85017

Kaufhaus Gustav Stief Nachf.
Kirchstraße 12 / Jnh. Wilhelm Frisch
Bekleidungs-Geschäft
85019

Mais Hampel, Waldenburger Straße
Jnh. Ignaz Wende, empfiehlt
sämtliche Kolonial- und Tabakwaren
85024

Blumenau
Fahrräder, Ersatzteile
Nähmaschinen
Grammophone, Platten
Arthur Lampel
84904

Gasthaus „Zur Wiesenmühle“
Angenehmer Ausflugsort
84899

Helene-Apotheke
Drogen- und Photohandlung
Ring 17, Ede Bahnhofstraße
84686

Erich Klose - Ring 23
Herren- und Knabenkonfektion
Veruß- und Küblerbekleidung
84687

Richard Berndt
Kosenstraße 10
Fleischerei und Wurstfabrik
84688

Paul Krause, Ring 11
Fleischerei u. Frühstücksstube
84689

Arthur Kahler / Ring 19
Wädel u. Konditorei
Bestellgeschäft
84670

Oscar Stephan
Inh. Gebr. Steiner - Ring 28
Kolonialwaren / Dellateffen / Weine
Spirituosen
84671

Paul Brudelt
Konfektion u. Schuhwaren
Ring 84
84672

Franz Wiskale
Münsterberg, Ring 35
Fleischerei und Wurstfabrik
Frühstücksstube
84673

Konrad v. Wiesenenthal
Fleischerei u. Wurstfabrik, Frühstücksstube
Bahnhofstraße 28 - Telephon 834
84678

Hermesdorf u. K.
Gasthaus „Erholung“, Agnetendorfer
Straße 66 a - Besitzer W. Scholz
85011

Gasthaus „Weißer Bär“ / Agnetendorfer
Str. 8 / Def. Max Baumert / Jugendherberge
85010

Rabenzahl-Drogerie
Drogen - Farben - Lacke
85009

Kurt Helbig, Wilhelmstraße 1
Kolonialwaren / Spirituosen
85008

Rich. Drecher, Warmbrunner Str. 33
Fleischerei u. Frühstücksstube
85007

Freiburg
Motorräder - Fahrräder
Näh- und Sprechmaschinen
W. Hoffmann, Landeshuter Straße 49
84468

Referiert
84459

**Mais Goldmann, Sandstr. 18 - Weiß-,
Woll- u. Kurzwaren, Böhm. Bettfedern**
84460

Referiert für das leistungsfähigste
Wäschehaus Freiburgs
84463

Bäckerei und Konditorei
A. Scherbarth, Landeshuter Straße 45
84467

Das Programm der Weltrevolution

Programmrede des Genossen Bucharin auf dem 6. Weltkongress in Moskau

In unserem Programm müssen wir also von der Weltrevolution in konkreter Form sprechen, wobei wir das Weltmotiv unterstreichen und den weltrevolutionären Prozeß in seiner inneren Mannigfaltigkeit erfassen müssen. Wir stellen hier das Problem des Weltplanes des Kommunismus für die Beherrschung der Welt, wobei die Welt-diktatur des Proletariats und ermöglichen soll, die Produktivkräfte der Welt so zu verteilen, daß sie sich raschestens entwickeln. In unserem Entwurf sprechen wir konkret von unseren Endzielen, von den Uebergangsformen und von der Strategie und Taktik unserer Parteien. Diese Problemstellung bedeutet, daß wir die Koordinierung der Aktionen der kommunistischen Parteien und ihre praktische Zusammenarbeit vor Augen haben. Bei der Festsetzung unserer Strategie und Taktik in jedem Lande müssen wir jede der mannigfaltigen Bewegungen als eine Stufe für den Kampf um die Welt-diktatur des Proletariats betrachten.

Im Programmentwurf unterscheiden wir drei Typen von Ländern: hochentwickelte kapitalistische Länder, Länder auf mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufe und schließlich koloniale und halb-koloniale Länder. Die den spezifischen Verhältnissen dieser Länder entsprechenden spezifischen Kampfformen betrachten wir vom Gesichtspunkte unseres Kampfes um die Diktatur des Weltproletariats. Auch unsere programmatischen Forderungen bewegen sich auf derselben Linie wie die Uebergangsforderungen des Kampfes für die Welt-diktatur des Proletariats. Wenn wir die mannigfaltigen Erscheinungen dieses Prozesses vereinigen, erhalten wir daraus das Gesamtbild der Entwicklung des Kampfes für die proletarische Welt-diktatur.

Ein weiteres Merkmal des neuen Programmentwurfes gegenüber dem früheren ist die Aufnahme eines besonderen Abschnittes über die Sowjetunion und die stärkere Betonung der Kolonialfragen. Manche Genossen meinten, ein besonderer Punkt über die Sowjetunion sei überflüssig, man hätte die Erfahrungen der Sowjetunion bei der Behandlung der Einzelfragen auswerten sollen. Dies ist unrichtig. Es war notwendig, volle Klarheit zu schaffen sowohl über die Erfahrungen unserer Aufbauarbeit, die von den anderen Parteien ausgenutzt werden müssen, als auch über jene spezifischen Züge der Sowjetentwicklung, die auf andere Länder nicht übertragbar sind. Deshalb war ein besonderer Punkt über die Sowjetunion notwendig.

Absolut notwendig war auch die stärkere Betonung des Kolonialproblems, und zwar nicht nur der heutigen Rolle der Kolonialbewegungen, sondern auch der Rolle der jetzigen Kolonien im Lichte unserer Zukunft. In der Diskussion der Programmkommission wurde erwähnt, daß bei verschiedenen Teilen des Proletariats eine Furcht vorhanden sei, wie sich das Proletariat der großen Kolonialmetropole nach der Revolution ohne Kolonien entwickeln können. Wir mußten deshalb im Programm das Problem der ökonomischen Verbindung des industriellen Weltproletariats mit dem Weltbauernium aufrufen. In der Behandlung der Kolonialfrage mußten wir unterscheiden zwischen den Kolonien, wo der Kapitalismus ziemlich entwickelt ist und wo wir daher die Frage der Hegemonie des Proletariats stellen können, und zwischen den Kolonien, die noch so unentwickelt sind, daß ihre sozialistische Entwicklung ohne äußere Hilfe unmöglich ist. Bezüglich der Länder, die teilweise kapitalistisch sind, in denen das Proletariat wohl fähig ist, die Revolution zu entwickeln, aber nicht fähig ist, allein den Sozialismus aufzubauen, mußten wir das Problem der Hilfe der proletarischen Diktaturen anderer Länder aufrufen.

In China können wir vom Hinüberwachen der bürgerlichen in die proletarische Revolution sprechen. Über in weniger entwickelten Ländern, wo keine proletarischen Massen vorhanden sind, ist dies nur möglich, indem die proletarischen Industriezentren der entwickelten Länder in der sozialistischen Entwicklung mit sich reihen. In diesem Zusammenhange mußten wir die von Lenin gestellte Frage über die Möglichkeit der Vermeidung der kapitalistischen Entwicklungsetappe schärfer hervorheben.

Der Kiesenkampf zwischen dem Weltkapitalismus und dem Weltproletariat wird durch Hinzuziehung der riesigen Millionenmassen der Kolonialvölker in diesem Kampf entscheiden. Das Hauptproblem ist dabei das Problem der Führung der Weltbauernschaft durch das Weltproletariat.

Den Zusammenbruch des Kapitalismus an der ganzen Front stellen wir uns nicht darat vor, daß der Kapitalismus immer schwächer und das Proletariat immer stärker wird. Trotz des fortschreitenden Niedergangs, trotz der immer schärferen Herausbildung seiner parasitären Tendenzen ist der Kapitalismus noch zu mächtigen technischen Fortschritten fähig. Der Kapitalismus wird vielmehr an jenen großen inneren und äußeren Widersprüchen, die sich auf der Linie des Wachstums entwickeln, zugrunde gehen.

Genosse Thalheimer bemängelte, daß im Entwurf der Begriff der allgemeinen Ueberproduktion fehlt. Die im Programm-entwurf behandelte Disproportion zwischen Produktionskräften und Konsumtionskraft bedeutet aber nichts anderes als allgemeine Ueberproduktion. Es fehlt höchstens das Wort, aber nicht der Begriff der Ueberproduktion; ich habe nichts gegen die Aufnahme des Wortes. Mit dem Vorschlag, die Disproportion zwischen den verschiedenen Produktionsbranchen zu eliminieren, bin ich nicht einverstanden. Dieses Moment hängt untrennbar zusammen mit dem Moment der Disproportion zwischen Konsumtionskraft und Produktionskraft. Beide stellen ein einheitliches Moment der gesamten kapitalistischen Anarchie dar.

Wir hatten verschiedene Streitigkeiten über die Möglichkeit der Internationalisierung der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik, über das Wesen der Rep, über die Wechselbeziehungen zwischen Rep und Kriegskommunismus, sowie über das Wesen des Kriegskommunismus. Wir haben den Ausdruck „Neue Wirtschaftspolitik“ vermieden, da es ein spezifisch russisches Wort ist, aber wir müssen das Problem trotzdem stellen. Das wesentlichste Kriterium der Rep ist die Existenz der Marktverhältnisse unter der proletarischen Diktatur als Ausdruck spezifischer Produktionsverhältnisse, der zersplitterten Arbeit der Kleinproduzenten. Wo keine Kleinproduzenten sind, dort kann die Notwendigkeit der Rep negiert werden. Es existiert aber kein einziger Staat, wo keine Kleinproduzenten vorhanden wären. Das Weltproletariat hat im Weltmaßstabe eine verhältnismäßig wenigstens ebenso große bauerliche Peripherie wie das Sowjetproletariat in der Sowjetunion. Damit ist die Notwendigkeit der Marktverhältnisse international gegeben, da die Ueberwindung der Kleinproduktion auch in den entwickelten Ländern nur in jahrzehntelanger

Entwicklung möglich ist. Es kommt nur auf den Umfang der Marktverhältnisse an. Das spezifisch russische Moment kommt in der großen Dimension der Marktverhältnisse zum Ausdruck und nicht in der Notwendigkeit der Rep an sich.

Manche Genossen meinten, daß der Kriegskommunismus überall die erste und notwendige Phase der wirtschaftlichen Entwicklung während des Bürgerkrieges sei. Andere meinen, daß in manchen Ländern, wo die großen Kämpfe bereits vor der Machteroberung bestanden wurden, der Kriegskommunismus überflüssig sei. Wir können uns in keiner Weise die Hände binden lassen. Auch in Rußland begannen wir nicht mit dem Kriegskommunismus, sondern mit einer Art Rep; dann erst, nach Verschärfung der Intervention und des Bürgerkrieges, kam der Kriegskommunismus und dann wieder die Rückkehr zur Rep. Es ist aber auch möglich, daß eine Intervention unmittelbar nach der Machteroberung eintritt. Dann müssen wir mit dem Kriegskommunismus ähnliche Operationen beginnen. Allerdings wird beim Kriegskommunismus in Europa und Amerika nicht alles so vor sich gehen, wie in Rußland, da wir hier auch verschiedene, offenbar vermeidbare Dummheiten gemacht haben. Wir können also diesbezüglich keine feste Marschroute vorschreiben, sondern müssen die Hände freihalten, um sie nach den Möglichkeiten zu entscheiden.

Die Sozialdemokratie hat auch ihre Evolution durchgemacht. Es

war notwendig, diesen Prozeß und im Zusammenhang damit auch die spezielle Rolle der linken Sozialdemokratie zu analysieren. Ueber die Frage des Faschismus und der Wechselbeziehungen zwischen Faschismus und Sozialdemokratie werde ich in meinem Schlußwort, bei der Erstellung des Berichtes über die Arbeit in der Programmkommission, ausführlicher sprechen. Ich halte es auch für zweckmäßiger, daß wir die verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung und im reformistischen Lager ausführlicher behandeln.

Es ist hoch an der Zeit, daß wir unserem Programm die endgültige Fassung geben. Unser Entwurf ist nicht hundertprozentig ideal, es empfiehlt sich aber, ihn nach stilistischen und sachlichen Veränderungen anzunehmen. Ich bin überzeugt, daß dieses Programm in unserem gewaltigen Kampfe, im Kampfe von Millionen und Abermillionen Arbeitern und des kolonialen Proletariats, mit den hinter ihm stehenden Bauernschichten, eine kommunistische Fahne, ein Kampfruf und ein guter treuer Wegweiser sein wird. Die internationale Lage verschärft sich immer mehr. Die Kriegsgefahr ist keine Phrase, sondern eine ernste Wirklichkeit.

Wenn wir geschlossen unter der Fahne des Kommunismus marschieren, und wir werden marschieren, wird dieses Programm besten Dienste im Kampfe für den Sieg des Weltproletariats, für den Sieg des Weltkommunismus leisten. Es lebe der Weltkommunismus! (Großer, langanhaltender Beifall.)

„Man kann den Kommunisten recht geben, wenn sie sagen, ihr seid verraten und verkauft worden“

Am Donnerstag, dem 16. August, fand in Dresden eine von etwa tausend sozialdemokratischen Funktionären besuchte Versammlung statt, in der Aufhäuser Berlin über den Panzerkreuzerbau referierte. In der Versammlung kam die ungeheure Erregung der sozialdemokratischen Arbeiter zum Ausdruck. Aufhäuser vermied es, auf die grundsätzliche Bedeutung des Panzerkreuzerbaues einzugehen. Feinher erklärte, daß er als Delegierter in Brüssel mit den dort anwesenden Delegierten ein Telegramm an die Reichsregierung geschickt habe und darin dringend um die Verhinderung des Panzerkreuzerbaues gebeten habe. Trotzdem sei der Bau beschloffen worden. Während dieser Mitteilungen gab es im Saale minutenlange stürmische Unterbrechungen. In Zwischentritten, die fortgesetzt aus den empörten Massen fielen, wurde der sofortige Ausschluß der sozialdemokratischen Minister gefordert.

Die Redner der „linken“ sozialdemokratischen Führer, wie Feinher, Aufhäuser, Toni Sender gipfelten in der Forderung des Rücktritts der Minister aus der Koalition und in der Forderung nach einer Reform des innerparteilichen Kurzes. Aufhäuser verlangte, daß in Zukunft eine Koalitionsregierung nur dann gebildet werden könnte, wenn die Zustimmung der SPD-Minister mit dem Parteivorstand beraten sei und wenn die Parteigänge Gelegenheit gehabt hätten, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Es müsse mit den Massen ein engerer Kontakt hergestellt werden. Die „linken“ SPD-Führer wagten es nicht, auch nur mit einem Worte gegen die Kommunisten zu hehen. Selbst Aufhäuser erklärte unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter, die sachlichen Kommunisten sollten doch versuchen, Anschluß an die SPD-Opposition zu bekommen und sollten ihre bisherige Kampfstrategie gegenüber den „linken“ Sozialdemokraten ändern, dann wäre auch ein gemeinsames Arbeiten möglich. So wie es bisher von den Kommunisten gemacht worden wäre, gehe es nicht. In seinen Schlußausführungen richtete Aufhäuser den Appell an die Versammlung, die Parteiorganisation aktiv zu erhalten, man müsse geschlossen stehen. Bei diesen Ausführungen erklangen aus der Versammlung heraus stürmische Zwischenrufe, wie „Der alte Dred“, „Zimmer daselbe“, „Man hört es aber auf!“

In der Diskussion erklärte u. a. ein Jungsozialist, daß die Vorgänge im Reichstag einfach unerträglich seien. In den Betrieben könnten sich die sozialdemokratischen Funktionäre nicht mehr durch-

setzen. Er erklärte weiter, daß die vom Bezirksvorstand eingebrachte Entschlieung zu lenksahm sei. Die Minister müßten ausgeschlossen werden. Ein anderer Diskussionsredner, Fabian, unterließ diese Ausführungen. Ein weiterer Diskussionsredner erklärte, man kann letzten Endes den Kommunisten nur Recht geben, wenn sie sagen, ihr seid verraten und verkauft worden. Toni Sender erklärte, die sachliche Opposition müsse so stark werden, daß die Führer gezwungen werden könnten, den richtigen Weg zu finden.

Die kommunistische Partei hatte vor Beginn der Versammlung an die Delegierten einen Brief gerichtet. Die „Dresdener Arbeiterstimme“ wurde vor dem Versammlungslokal an die Delegierten ausgehändigt. Das kommunistische Organ, das zu der Versammlung Stellung nahm und der offene Brief an die Delegierten waren der Gegenstand lebhafter Diskussionen.

Zum Schluß der Versammlung wurde die vom Bezirksvorstand vorgelegte Resolution gegen etwa 10 Stimmen angenommen:

„Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers A ist eine unbegreifliche, mit den Interessen und der Auffassung der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei nicht in Einklang zu bringende Handlung, gegen die entschiedenster Protest eingelegt werden muß. Sie ist um so unverständlicher, als sie auch in Widerspruch steht zu der Resolution, die zu gleicher Zeit in Brüssel gefaßt wurde. Die Gründe, die parteioffiziell und halbamtlich über das Verhalten der sozialdemokratischen Minister angeführt werden, sind in keiner Weise stichhaltig.“

Zur Baubewilligung des Panzerkreuzers A durch das Reichskabinett hat die Chemnitzer Bezirksleitung der SPD. folgenden Beschuß gefaßt:

„Die Bezirksleitung des Bezirks Chemnitz-Grzgebirge hat mit Entrüstung von dem Abstimmungsergebnis in der Reichsregierung über den Panzerkreuzerbau Kenntnis genommen. In der Tatsache, daß selbst die sozialdemokratischen Minister entgegen dem Beschluß der früheren Reichstagsfraktion dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt haben, erblickt die Bezirksleitung eine schwere Schädigung der Partei. Die Partei fordert von den maßgebenden Parteinstanzen, die Parteigenossen sofort aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Vom Landesarbeitsausschuß Sachsen der SPD. fordert die Bezirksleitung die sofortige Einberufung der Landesinstanzen.“

„Das kann auch der beste Magen nicht bei sich behalten . . .“

Unser Münchener Bruderorgan, die „Neue Zeitung“, ist in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, den der Arbeiter Andreas Grünmügel aus Trostberg an die Redaktion der „Münchener Post“, die sozialdemokratische Zeitung Münchens, sandte. Der Arbeiter schreibt:

„Als dreizehn Jahre langer Leser der „Münchener Post“ erlaube ich mir, durch einige Zeilen meiner Meinung Ausdruck zu geben.“

Was ich als Leser dieser Zeitung während der Wahlzeit für Postproben vorgelesen bekam, konnte auch der beste Magen nicht bei sich behalten. Die Parole der sozialdemokratischen Führer — „Man an den Staat“ — (Ministerjessel) verfehlte ihre Wirkung nicht, und ein großer Teil der Arbeiterschaft ließ sich von den hochtrabenden Versprechungen noch einmal betören. . . Da in großer Aufmachung über die Lohnsteuerentlastung in der „Münchener Post“ geschrieben wurde, ich vermisse aber die genaue Berechnung über das Mehr, das nun durch die Regierungstat den Arbeitern zugutekommt. Sollte der Erfolg sich wirklich nur in Höhe von durchschnittlich 50 Pfennig monatlich bewegen, dann finde ich den Lament, der dafür gemacht wurde, aber wirklich übertrieben. Waren die Konzessionen, die an die Kapitalisten gemacht wurden, nicht bedeutend höher? (Kapitalertragssteuer), wo bleibt die Verordnung zur Reisenfürsorge für die Tausende von Ausgescheuteten, denen ja

auch große Versprechungen gemacht wurden, . . . wo bleibt die Erhöhung der Invalidenrente, muß hierzu erst die Erhöhung der Beiträge eingeführt werden . . . glaubt ja nicht mehr, daß die Arbeiterschaft sich noch länger am Karrenseil wird führen lassen. Es ist höchste Zeit, daß sie ihr Geschick selbst in die Hand nimmt und unter einer anderen Führung kämpft als der Sozialdemokratie.“

Achtung, Bleikristallglaschleifer

Die Firma George Markus in Berlin-Birkenwerder hat in hiesigen bürgerlichen Blättern Schleifer gesucht. Wir machen darauf aufmerksam, daß in diesem Betrieb Differenzen bestehen und Abregelungen von Kollegen vorgenommen worden sind. Deshalb ist über diesen Betrieb vom Verband der Fabrikarbeiter (Keramischer Bund) Deutschlands die Sperre verhängt worden. Alle Arbeitsangebote an diese Firma sind darum zu unterlassen.

Wirbelsturmverheerungen in Algerien. El. Paris, 20. August. Nach Meldungen aus Oran ist Algerien von einem Wirbelsturm von außerordentlicher Heftigkeit heimgesucht worden. Die Zahl der Toten beträgt bisher fünfzehn, die der Verletzten 250. In Djidjelli wurden die Kasernen und das Hospital stark beschädigt. Das neue Lichtspieltheater stürzte ein. Die Docks bilden nur noch einen Trümmerhaufen. Da auch das Elektrizitätswerk zerstört wurde, ist die ganze Stadt ohne Licht. Im Hafen lagten zahlreiche Schiffe.

Metallarbeiter-Verbandstag

Um das Schlichtungswesen

Der dritte Verhandlungstag des D.M.V.-Kongresses brachte zunächst die Diskussion über das Schlichtungswesen, die besonders geföhrt wurde. Schäfer-Weipzig (SPD) erklärt, daß der Vorstand wohl die Schäden des Schlichtungswesens sah; es fehlte ihm aber leider die Konsequenz. Bei allen größeren Streiks hat um das Schlichtungswesen schwer gehindert. Auch durch die neue Regelung ist keine Veränderung zu erwarten. Im Reichsarbeitsministerium ist nur ein Namenwechsel eingetreten. Das beweist der schärfste Textilschlichtungsanspruch. Ohne das Schlichtungswesen hätten auch die Metallarbeiter besser abgeschlossen. P. Schöle-Berlin (Opposition) weist auf die ungeheure Empörung der Arbeiter über das Schlichtungswesen hin. Infolge der Anerkennung des Schlichtungswesens ist der Reallohn des Arbeiters nicht gestiegen. Nimmers Erkenntnis kam reichlich spät und mangelt der Konsequenz. Das Schlichtungswesen ist eine Einrichtung des kapitalistischen Staates, um die Lebenshaltung der Arbeiter niederzuhalten. Durch die Schlichtungsordnung wird den schwächeren Arbeitergruppen nicht geholfen, die starken Arbeitergruppen aber werden gehemmt. Darum ist es heiligste Pflicht des Verbandstages, sich für den Kampf gegen das kapitalistische Schlichtungswesen zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.) Der SPD-Redner Biegler-Breslau ist für das Schlichtungswesen. König-Berlin (Opposition) wendet sich dagegen, daß man das Schlichtungswesen mit kleinlichen und unlogischen Argumenten verteidigt.

Nachdem eine weitere Anzahl SPD-Redner sich für das Schlichtungswesen eingesetzt haben, spricht Jiska-Berlin (SPD) zu einem von ihm zur „Metallarbeiterzeitung“ eingebrachten Antrag. Der Antrag besagt, daß die Redaktion Artikel über prinzipielle Fragen nur im Benehmen mit dem Vorstand veröffentlichen kann. Jiska erklärt, daß ihm die Artikel Nimmers zum Schlichtungswesen Anlaß zur Stellung dieses Antrages gegeben haben, die im Widerspruch stehen zur Stellungnahme des erweiterten Beirats, der sich für Aufrechterhaltung des Schlichtungswesens in seiner gegenwärtigen Form ausgesprochen hat. Redakteur Nimmers antwortet in seinem Schlußwort und stellt die Vertrauensfrage. Nimmers-Frankfurt (Führer der SPD-Fraktion) wendet sich auch gegen Nimmers, doch macht er den Vorschlag, daß Jiska seinen Antrag zurückziehen soll, was auch geschieht. Schumann-Halle (Opposition) gibt zu diesen Auseinandersetzungen folgende Erklärungen ab: „Wir sind mit der Tendenz der „Metallarbeiterzeitung“ nicht einverstanden, halten es aber für selbstverständlich, daß ein Redakteur berechtigt sein muß, zu solchen wichtigen Fragen wie das Schlichtungswesen in dem von ihm geleiteten Organ und unter seinem Namen Artikel zu schreiben. Wenn eine Abstimmung über den Antrag Jiska stattgefunden hätte, hätten wir gegen diesen Antrag gestimmt. Darauf hält der Verbandsvorstand Reichel sein Schlußwort. Bemerkenswert sind die sehr deutlichen Ausführungen gegen die Opposition, daß mit der Ausschlußpraxis, wie bisher, so auch in Zukunft fortgefahren werden solle. Der Vorstand sei von einem Teil der Kollegen angegriffen

worden, weil er noch zu milde gewesen sei. In der Frage des Schlichtungswesens hält Reichel auch gegenüber dem SPD-Delegierten Schäfer an der Vorstandsvollmacht fest. Bei den Abstimmungen wurde die Vorstandsvollmacht zum Schlichtungswesen in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 71 Stimmen angenommen. Es haben also circa 30 SPD-Delegierte gegen die Vorstandsvollmacht gestimmt. Eine Dresdener Resolution zu den Betriebsrätewahlen wurde mit einem Zusatz, der die Aufstellung der Kandidatenliste in die Vertrauensmännerberatungen verlegt, in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 71 Stimmen angenommen. Auch hier wandte sich ein Teil der SPD-Delegierten gegen die Einschränkung der Mitgliederrechte. Alle Anträge der Opposition wurden abgelehnt bzw. dem Vorstand überwiesen. Auch eine große Anzahl Anträge, die von sozialdemokratischen Arbeitern in einzelnen Orten gestellt worden sind, versielen der Ablehnung.

Oppositionelle Mandate sollen kassiert werden

In der Nachmittagsitzung bemängelte Nimmers, der Führer der SPD-Fraktion, zunächst einige Stellen im Bericht der Mannheimer „Arbeiterzeitung“. Es stimmte z. B. nicht, daß die Fraktionsleiter der SPD vom Hauptvorstand des D.M.V. ausgegeben worden seien. Darauf gab der Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission den Bericht und teilte mit, daß die Kommission mit 4 gegen 3 Stimmen beschlossen habe, die Mandate der Berliner Delegierten zu kassieren, weil die SPD-Presse „unlautere Wahlpropaganda“ betrieben habe. (Zwischenruf: „Lebt erst einmal den „Vormärz“!“) (Ueber die Ursachen, warum es nicht zur beantragten Kassierung der oppositionellen Mandate gekommen ist, haben wir bereits berichtet.)

Verlegung des Verbandstages

Schott vom Hauptvorstand motiviert die Verlegung mit der Notwendigkeit, daß der Hauptvorstand in der Nähe des Reichsarbeitsministeriums und der anderen Ministerien sein müsse. Er muß gesehen, daß für Um- und Neubauten sowie für die Ueberführung selbst nach vorläufigen Berechnungen ein Betrag von 5 1/2 Millionen Mark notwendig ist. In der Debatte stellt Gen. Niederer-König-Berlin (Opposition) fest, daß Schott die Verlegung in erster Linie mit dem Willen zur engeren Zusammenarbeit mit den Organen des kapitalistischen Staates motiviert hat. Die Opposition lehnt aber die Verlegung ab, da es in der heuligen Situation nicht zulässig ist, Millionen für Zwecke auszugeben, die nicht so dringend sind wie der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jiska-Berlin (SPD) ist für Schäfer-Weipzig (SPD) ist gegen die Verlegung. In namentlicher Abstimmung wird die Verlegung mit 201 gegen 72 Stimmen beschlossen.

Am Donnerstag fand ein Ausflug in den Schwarzwald statt.

Invalidentunterstützung beschlossen

Am vierten Verhandlungstag wird nach einer Erklärung der Opposition gegen die Verleumdungen des Reichsarbeitsministeriums durch die Einführung der Invalidentunterstützung Stellung genommen. Hauptkassierer Schäfer berichtet, daß sowohl im Vorstand, wie im Beirat Differenzen über Einführung der Invalidentunterstützung waren. Met.-Hamburg (SPD) berichtet für die vorbereitende Beratungskommission. Die ursprüngliche Vorlage sei wesentlich verändert und schließlich gegen zwei Stimmen angenommen worden; eine Stimme wegen der Beitrags-erhöhung von 30 Pfennig. Mett schließt mit den Worten, daß das Thema genügend diskutiert sei und daß weitere Reden über die grundsätzliche Frage Neben zum Fenster hinaus oder für das Protokoll seien. Dettlinghaus-Wevelsburg (SPD) spricht gegen die Invalidentunterstützung. Er stellt sich dabei ausdrücklich als Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion vor. In der „Metallarbeiterzeitung“ sind Kollegen aus den Betrieben zu Wort gekommen, aber nur einer dieser Artikel war für die Invalidentunterstützung. Ein wichtiger Grund gegen sie liegt schon darin, daß es genug arbeitsunfähige Mitglieder gibt, die die Altersgrenze nicht erreicht haben. Die zur Invalidentunterstützung notwendige Zweiteil-Erwerbslosigkeit muß von Aeryten festgesetzt werden, die es nicht sehr gewöhnlich nehmen. Völlig abwegig ist die Meinung, daß man diese Unterstützung mit der Erwerbslosenunterstützung und Krankenunterstützung vergleichen könne. Letztere Unterstützungen dienen dazu, daß die Kollegen nach längerer Arbeitslosigkeit und Krankheit lebensfähig bleiben, nach einem Streik ist, sie ihren Mann stehen können. Auch die Erwartungen betreffs der Hebung der Werbekraft des Verbandes durch die Invalidentunterstützung sind hinfällig. Kann man etwa jüngere Kollegen damit werben? In einer Verwaltungsstelle sind keine 20 Mitglieder für diese Unterstützung. Außerdem: die Streikunterstützung ist zu niedrig. Auch die vorgeschlagene Erhöhung ist ungenügend. Wir brauchen die Verbandsmittel für eine höhere Streikunterstützung. König-Berlin (Opposition) legt den grundsätzlichen Standpunkt der Opposition gegen die Einführung der Invalidentunterstützung dar. W. L. H. Berlin (Opposition) spricht zu den finanziellen Folgen der Vorlage. Er sagt bei, daß man den Wünschen des Unternehmertums entspricht, wenn der Verband die sozialen Lasten auf sich nimmt. In einem Artikel in der „M.A.Z.“, in dem die Unternehmern über das „Wiegewicht der Soziallasten“ heuchlerisch jammern, hieß es, daß die Gewerkschaften darauf hingewiesen werden müssen, die sozialen Lasten aus eigenen Mitteln zu tragen. Gegen einen gestellten Schlufantrag wendet sich Schäfer-Weipzig (SPD): Wenn jetzt schon drei Redner gegen die Vorlage gesprochen haben, so beweiselt das, daß große Widerstände in der Mitgliedschaft gegen die Invalidentunterstützung sind. Wenn man über alle Dinge so hinweggeht, brauchen wir keinen Verbandstag mehr abzuhalten. Trotzdem wird mit 120 gegen 91 Stimmen Schluß der Debatte beschlossen. Nach den Schlufworten wird zunächst die beantragte Abstimmung abgelehnt. Die grundsätzliche Einführung der Invalidentunterstützung wird gegen 46 Stimmen beschlossen. Die konkrete Vorlage der Statutenberatungskommission wird gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

(Bericht vom 4. und letzten Verbandstage folgt.)

Die werktätige Frau

Glend der Landarbeiterfrauen

Ueber das Leben der Landarbeiterinnen, die besonders jetzt in der heißen Sommer- und Erntezeit schwer arbeiten müssen, berichtet die Zeitschrift einer Genossin:

Gestern wurde ich durch das Telefon zu meiner kranken Schwester nach dem Dorfe G. gerufen. Als ich dort ankam, lag meine Schwester im Bett an einer Halsentzündung krank darnieder, die so weit vorgeschritten war, daß sie nicht mehr sprechen konnte. Der Hals zog sich immer mehr zu. Es traten Erstickungsanfälle ein. Sie konnte kein Wort sprechen und hatte, damit sie im Notfall die Nachbarn verständigen konnte, ein Stück Holz zum Klopfen neben sich liegen. Das Zimmer, worin sie lag, wird ausgefüllt durch drei Betten. Wie überall auf dem Lande in den Arbeiterwohnungen, sind auch viel Klagen vorhanden. Sie waren der Kranken, die sich dauernd den Hals mit heißer Grütze bewachen mußte, sehr lästig. Diese Halsentzündung hat sie sich wahrscheinlich dadurch zugezogen, daß sie von morgens 3 Uhr an zum Küberversiehen gehen mußte. Sie machte diese Kübervarbeit im Alford. Die Arbeit wird miserabel bezahlt. Die vier Kinder, im Alter von 1—9 Jahren, sind den ganzen Tag selbst überlassen. Ihr jüngstes Kind, einen Säugling, hat meine Schwester bei weiner alten Mutter. Die zwei Stunden entfernt in einem anderen Dorfe wohnen, untergebracht. Wenn sie das Essen sich ein paar Stunden abknabben kann, besucht sie ihr Kind. Sie geht dann immer weinend wieder nach Hause.

Licht und Luft als Heilmittel im Kindesalter

Die ärztlichen Anschauungen über den Wert von Licht und Luft und ihre Bedeutung für das gesunde und kranke Kind haben sich gegen früher gründlich gewandelt. Früher behandelte die Kurator vor der frischen Luft; so warnte man zum Beispiel bei den Kindern vor unvorsichtiger Lüftung des Krankenzimmers in der dunklen Vorlesung, daß frische Luft Schaden könnte. Demgegenüber berichtet Professor Nobel in Wien in der „Wiener medizinischen Wochenschrift“, daß in der Universitätsklinik in Wien bei einer Masernepidemie die Kinder Tag und Nacht im Freien gelassen wurden und man nichts Nachteiliges davon gesehen habe.

Die Angst vor Erkältungen ist meist unbegründet, sogar Säuglinge werden, statt sie ängstlich vor jedem Luftzug zu bewahren, in Fenstereckeln gelegt, wo sie bei günstiger Witterung viele Stunden des Tages im Freien zubringen können und zwar mit bestem Erfolg. Ähnliche Zustände werden durch Luft und Licht in günstigem Sinne beeinflusst, sowohl bei Kindern wie bei Erwachsenen.

Die Bedeutung der Frischluftbehandlung bei Tuberkulose ist bekannt. Vor allem wird dadurch bei den Kindern der Appetit angeregt. Stellt sich doch der Appetitmangel bei Tuberkulose die Haupt-schwierigkeit dar, die sich der Heilung des tuberkulösen Prozesses hindernd in den Weg stellt. Wenn nun auch anzunehmen ist, daß der Aufenthalt in der frischen Luft vor allem durch Beförderung des Appetits bei der Tuberkulose von günstigem Einfluß ist, so kommt doch auch dem Licht bei dieser Krankheit ein heilender Einfluß zu, und zwar sind es hier die ultravioletten Strahlen des Lichtes. Eine Kur im Gebirge besteht gegenüber einer solchen im Tal unerkennbare Vorteile. Das Hochgebirge gestattet eine erfolgreiche Kur während des ganzen Jahres.

Ebenso günstig wirken Luft und Licht bei der Vorbeugung und

Behandlung der Englischen Krankheit. Auch hier steht der heilende Einfluß des Lichtes im Vordergrund. Bemerkenswert ist eine Wahrnehmung, die man in Japan gemacht hat. Dort war vor Einführung der europäischen Baumwolle die Englische Krankheit so gut wie unbekannt. Seitdem dort europäische Häuser gebaut werden, sich die Kinder mehr in geschlossenen mit Fenstern versehenen Räumen aufhalten, ist die Englische Krankheit dort ebenso heimisch wie bei uns. Sicher ist, daß je mehr Luft und Licht wir unseren Kindern bieten können, um so gesunder, froher und widerstandsfähiger sie aufwachsen werden.

Leider können die Arbeitermütter ihren Kindern oftmals den gesunden Aufenthalt in Licht und Luft nicht ermöglichen. Aber sie können sich von der veralteten Auffassung, daß viel Luft schädlich sei, freimachen, um dann mit uns den Kampf um gesunde Lebensmöglichkeiten für alle Arbeiterkinder aufzunehmen.

Die Kinder der Heimarbeiter

Bei den Spielwarenindustrie-Heimarbeitern gibt es keine 10 Prozent gesunde Kinder. Kaum ist ein Kind drei und vier Jahre alt, so heißt es: Komme, ich mal zu, wieviel du fertig bringst, bis der Große ein Duzend fertig hat! Mit sechs, höchstens acht Jahren, sind die Kinder fern, das heißt, sie müssen wie die Großen von früh bis in die späte Nacht mitarbeiten. Dabei als Nahrung bittere Zichorienbrühe, genannt Kaffee, trockenes Brot oder mal mit irgendeinem Kalumafett bestrichene und Kartoffeln und Salz usw. Was, mit dunklen Augenringen, Hunger, unterernährt, mit alten Lumpen am Körper und barfuß — so geht es meistens zur Schule. Dabei hängen die Eltern an ihren Kindern und haben sie auf ihre Art und Weise lieb.

Das ist Kindererziehung im heutigen Deutschland! In jedem Kinde bei uns liegt eine Sehnsucht — hinaus in die Natur, sich auszusetzen und auszutoben. Haben die Kinder mal eine Stunde frei, dann wird ausgetobt, aber gleich sind die Stieher und Ruder da und rufen: „Zurück ins Bett und Böbel.“ So wird auch diese kleine unglückliche Krude den Kindern vergällt.

So schreibt der Heimarbeiter Max Bauer aus Sonneberg in Thüringen an die „Einheit“.

Die Gesundheitsverhältnisse der proletarischen Frauen

Nur selten geben bürgerliche Statistiken genaues Material über Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse heraus. Es ist daher zu begründen, daß die Ortskrankenkasse Leipzig Aufstellungen über die Erkrankungen ihrer Mitglieder macht. Diese Zahlen lassen viel besser als zum Beispiel die nichtjüngeren Berichte der Gewerbeaufsichtsbehörden einen Schluß zu, welche gesundheitlichen Schäden unsere Frauen und Mädchen durch die Arbeit im kapitalistischen Betrieb davontragen.

Es erkrankten in der Zeit zwischen dem 26. und 35. Lebensjahre auf 10 000 Pflichtmitglieder der Ortskrankenkasse Leipzig an

	Männer	Frauen
Tuberkulose	82	83
Allgemeinerkrankungen	84	677
Krankheiten der Verdauungsorgane	612	983
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	52	406
Krankheiten des Kreislaufsystems	125	189

Es erkrankten an Erschöpfung und Entkräftung von 1000 Pflichtmitgliedern derselben Ortskrankenkasse

im Alter von Jahren	Männer	Frauen
bis 19	0,9	2,5
20—30	2,6	6,3
30—40	8,4	16,0
40—50	6,2	14,4
50—60	6,4	13,1

Für die Textilindustrie, die durchaus nicht zu den gesundheits-schädlichen Industrien gezählt wird, wurde Ende 1927 amtlich eine besonders hohe Krankheitsziffer der Arbeiterinnen festgestellt. Ihre Krankheitsziffer belief sich auf 59 Prozent der Gesamterkrankungen in der Textilindustrie, während der Anteil der Arbeiterinnen an der versicherten Textilarbeiterkraft nur 52,1 Prozent betrug. Im höheren Alter stieg der Krankheitsprozentsatz sogar bis zu 63 vom Hundert.

Wenn man zu diesen Zahlen noch weiß, daß bei Arbeiterinnen die durchschnittliche Arbeitsgrenze bei Anfang der 40er Jahre liegt, bei den Fabrikarbeiterinnen jedoch schon bei 37 Jahren, dann kann man verstehen, daß der bürgerliche Sozialhygieniker Dr. Tötele sagen konnte: „In diesem sozialen Sinne wird die Unterjochung des Menschen unter den Betrieb, unter die Maschine, unter den lebendig-technisch entwickelten Arbeitsprozeß nirgends so klar und offenbar, wie an dem furchtbaren Beispiel der gewerblichen Frauenarbeit.“

Wenn auch ein weißer Rabe unter den bürgerlichen Hygienikern die erschütternden Tatsachen einmal öffentlich anerkennen muß, so geschieht doch nichts. Im Gegenteil. Alle Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf wirksamen Schutz, durchgreifende Erleichterungen für die betriebsstätigen Frauen sind unter Hohn- und Schmähreden der Bürgerlichen gegen das weibliche Proletariat abgelehnt worden.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 40300

Täglich 20 Uhr:

Die große
Ausstattungs-
Revue

Wissen
Sie
schon?

24 Bilder von
Emil Schnaaz u.
Bruno Hart
Warden
Musik von
Fritz Lehner

Sprechapparate

Schallplatten
Mandolinen
Lauten
Ziehharmonika

2-3 Mark

wöchl. Abzahlung
Mücke, Tauentzianstr. 51

Sie verdienen
täglich

10 Mark
mit Schnürsenkel

Nur persönl. kommen

Reste

in Serge, Kille, Leinwand,
Aermelfutter
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware

Detail an) Engros

Berth. Lippert
Breslau
Geinrichstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißgerbergasse 43

PEUVAG

Papier-, Erzeugungs-
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft
Berlin

Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50

Abteilung
Buchdruckerei

Wir helfen der
bei billiger Berechnung

Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Blattate
Rechnungen
Flugblätter

tunz alle Druckfachen

Private, Vereine
und Behörden

Breslau

Marchiert auf!

Heute abend müssen alle Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht wollen, daß die von den Profetariern erpreßten Steuergroschen zum Bau von Panzerkreuzern und der Kriegsvorbereitung verwendet werden, in Massen um 20 Uhr im Schießwerder aufmarschieren. Die heutige Kundgebung muß der Auftakt sein zur Vorbereitung

Des Volkentscheides gegen den Panzerkreuzer

Jetzt gibt es Volksturm gegen Panzerkreuzer und Koalitionsregierung. Ausfällung aller Werkstätten zum Kampf gegen die neuen Kriegsvorbereitungen. In erster Linie müssen alle Genossen und Genossinnen dafür sorgen, daß ihre sozialdemokratischen Bekannten, Kollegen und Nachbarn die heutige Kundgebung besuchen, damit ihnen die Augen über das Wesen der sozialdemokratischen Politik geöffnet werden. Nächst die Säumigen auf, erscheint in Massen im Schießwerder. Sorgt, daß die heutige Schießwerder-Kundgebung den Panzerkreuzer-Sozialisten zeigt, daß die Breslauer Klassenbewußte Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei gewillt ist, den Kampf für Volkentscheid gegen Panzerkreuzer und Koalitionsregierung zu führen.

Jungarbeiter!

Erscheint am Dienstag um 7 Uhr nachmittags am Neumarkt zur

Rundgebung

gegen Panzerkreuzerbau. Von da übermarch nach dem Schießwerder.

Das Wohlfahrtsamt schickt Notstandsarbeiter nach Paulinenhof

In Paulinenhof bei Wogau befindet sich das Uebergangshaus für entlassene Strafgefangene. Das Breslauer Wohlfahrtsamt ist in den letzten Tagen dazu übergegangen, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nach Paulinenhof als Notstandsarbeiter zu vermitteln, und zwar zu einem Barlohn von 40 Pfennig pro Tag neben Unterkunft und Verpflegung. Ein derartig niedriger Lohn führt aber dazu, daß die Notstandsarbeiter, wenn sie von der Arbeit zurückkommen, eine äußerst niedrige Arbeitslosenunterstützung beziehen werden. Außerdem werden aber die Arbeiter, wenn sie mit einer Entlassungsbescheinigung von Paulinenhof auf die Arbeitsuche gehen, schwerlich Arbeit bekommen, da man sie für entlassene Strafgefangene halten wird. Wir verlangen, daß derartige Verschickungen nach Paulinenhof unterbleiben.

Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Das Landesarbeitsamt meldet: In der Woche vom 2. bis 8. August ist eine geringe Verschlechterung der Arbeitsmarktlage eingetreten.

In der Provinz Niederschlesien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 57 875 auf 57 879, die der Hauptunterstützungsempfänger von 31 661 auf 32 178, und zwar stieg die Zahl in der Arbeitslosenversicherung von 25 677 auf 26 415, während die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger von 5984 auf 5758 zurückgegangen ist. Offene Stellen waren 8908 gegenüber 4040 in der Vorwoche gemeldet. Die Anbrangsziffer beträgt 1473,3 (i. d. Vorwoche 1420,2). Die Arbeitslosenziffer ist von 10,09 auf 10,3 gestiegen. Im Vorjahr wurden zur gleichen Zeit 48 650 Arbeitsuchende und 30 944 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 320 863 auf 32 999 und die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 10 798 auf 10 809. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger ist von 5118 auf 4920 zurückgegangen. Die Anbrangsziffer beträgt 4308,0 (i. d. Vorwoche 4064,5), die Arbeitslosenziffer 26,2 (i. d. Vorwoche 26,3).

Rino

Weltbühne! „Schuldig“, nach dem Drama von Richard Noß. Der Film schildert die Leiden der Frau eines Zuchthäuslers. Da sie nicht arbeiten gelernt hat, wird sie die Geliebte eines Bordellwirts, und die Leiterin dieses Hauses. Ihr erstet jedoch vor diesem Leben, und als sie sich weigert, diesen „Beruf“ weiter auszuüben, soll ihre Tochter, ein junges hübsches Mädchen, ihre Nachfolgerin werden. Doch die Tochter wird von ihrem Vater, der 15 Jahre unschuldig im Zuchthause gefesselt hat, gerettet. Er tötet den Bordellwirt, als dieser seine Tochter vergewaltigen will. Der Schluß ist die übliche Verküpfung. Die befreite Tochter verlobt sich mit dem Verteidiger ihres Vaters. Technisch ist der Film ein Meisterwerk und wird von völlig unbekanntem Schauspielern glänzend gespielt. Besonders leihen Suzy Vernon und Bernh. Goetze. Der Beifilm „Abenteuer in Paris“ löst dauernd Lachstürme aus.

Apollo-Vorstellungen. „Die Ausgestoßenen.“ Ein sozialer Film, der das Thema der unehelich Geborenen behandelt, die die heutige Gesellschaft demütigt und versucht, an die Wand zu drängen. In diesem Falle kann sich der junge Arzt als der Sohn eines Märders seiner Wirtin, des verkommenen erpresserischen Stiefvaters und eines adligen zünftigen Studiengenossen noch erwehren. Die zärtliche Liebe der Mutter und sein Zusammentreffen mit ihr bildet ergreifende Momente. Ein sehr wertvoller Film, der über dem Durchschnitt steht.

Antrieten

1. Abt. (Ost): Wolff, Laurentzienstr., 19⁰⁰ Uhr.
2. Abt. (Nord-Ost): Bauschulplatz, 18⁴⁵ Uhr.
3. Abt. (Nord): Weissenburger Pl., 19⁰⁰ Uhr.
4. Abt. (West): Striegauer Platz, 19⁰⁰ Uhr.
5. Abt. (Zentrum): „Turmhof“
Neue Antonienstraße, 19⁰⁰ Uhr.
6. Abt. (Süd): Panke, Friedrichstr., 18⁴⁵ Uhr.

Müssen die Erwerbslosen den Panzerkreuzer bezahlen?

Wo bleibt die Neuregelung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge

Breslau, den 21. August 1928.

Vom Landes-Erwerbslosenausschuß für Schlesien wird uns geschrieben:

Im Jahre 1926, als infolge der großen Krise in der Wirtschaft 2 1/2 Millionen deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße lagen, wurde vom Reichstag die Einführung der Krisenfürsorge beschlossen, nach der die von der Erwerbslosenfürsorge ausgesetzten Erwerbslosen noch ein halbes Jahr lang Krisenunterstützung beziehen konnten. Bei den Beratungen des Reichstages über das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz spielte die Krisenfürsorge ebenfalls eine große Rolle. Anstatt aber das Gesetz den Forderungen der Kommunisten entsprechend so auszubauen, daß den Erwerbslosen die Zahlung von Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gesichert war, beschränkte man die Unterstützungsdauer auf 26 Wochen und fügte als Pflaster auf die Wunde die Krisenunterstützung bei. Im § 101 des Gesetzes, der die Fragen über die Krisenunterstützung regelt, wird nun gesagt:

„Die Zulassung kann auf bestimmte Berufe oder Bezirke beschränkt werden. Die Höhe der Unterstützung und die Dauer ihrer Gewährung können beschränkt werden.“

Die Entscheidung über diese Bestimmungen ist dem Reichsarbeitsminister überlassen. Durch die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Gesetz haben diese auch den unerhörten Verschlechterungen, die die angeführten Sätze mit sich bringen, zugestimmt. Sie hatten also kein Recht sich zu enträften, als der Reichsarbeitsminister, damals noch der fromme Christ Dr. Brauns, beim Inkrafttreten des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes seine bestmöglichen An- und Verordnungen über die Krisenfürsorge erließ.

Diese An- und Verordnungen bedeuteten so ziemlich das Unerschämteste, das auf diesem Gebiete geleistet wurde. Während man die Zahlung zur Krisenunterstützung für Arbeitslose mit weniger als 26 Wochen, aber wenigstens 13 Wochen Beschäftigungsdauer für alle Berufe freigab, beschränkte man die Krisenunterstützung für diejenigen Erwerbslosen, die die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung erschöpft hatten, auf sechs Berufe. Durch diese Einschränkung kamen nur wenige Erwerbslose in den Genuß der Krisenunterstützung. Das beweisen nachstehende Zahlen: Von 724 252 unterstützten Erwerbslosen, die Ende Juni gezählt wurden, erhielten 610 687 Arbeitslosenunterstützung und nur 113 565 Krisenunterstützung. Aber die Reihe der Verschlechterungen ist noch nicht erschöpft. Es traten noch hinzu Herabsetzung der Lohnklassen 7 bis 11 um 1 bis 3 Klassen, ferner Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung, deren angeblichen Wegfall die Sozialdemokraten als „größten Erfolg“ gepriesen hatten.

Mit dieser Bedürftigkeitsprüfung wollen wir uns hauptsächlich beschäftigen. Zuerst ist festzustellen, daß sie weitens rigorosere Bestimmungen aufweist als die Bedürftigkeitsprüfung in der alten

Erwerbslosenfürsorge. Außerdem sind die Richtlinien für die Anrechnung von Familieneinkommen derartig kompliziert, daß es den Erwerbslosen schwer fällt, sich diese zu merken und eventuelle Anrechnungen nachzuweisen. Wie sich die Bedürftigkeitsprüfung auswirkt, haben verschiedene Fälle, die in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurden, bereits ergeben. Ein ganz krasser Fall, der uns in den letzten Wochen vorgetragen wurde, soll dies erneut beweisen: Einer erwerbslosen Frau werden von der Krisenunterstützung 2,50 Mk. pro Woche gestrichen, weil der 14-jährige Sohn als Lehrling einen Wochenverdienst von 5 Mark hat. Ein Kommentar zu dieser „Bedürftigkeitsprüfung“ erübrigt sich wohl. Es ist direkt unmöglich, Worte zu finden, die eine amtliche Verordnung, die so etwas zuläßt, genügend brandmarken können. Die gestrichenen 2,50 Mark sollen wohl jedenfalls zum Bau des Panzerkreuzers mit beitragen.

Nachdem im Mai der Reichstag neu gewählt und auch die Regierung neu gebildet wurde, hofften auf Grund des Wahlausfalls die Erwerbslosen, daß ihr hartes Los etwas gemildert werden würde, zumal die Sozialdemokratie in die Regierung einzog und das Reichsarbeitsministerium von einem Sozialdemokraten, Herrn Wissell, besetzt wurde. War es doch gerade die Sozialdemokratie, die den Erwerbslosen große Versprechungen, wie Ausbau des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes, Erweiterung der Krisenunterstützung sowie Milderung der Bedürftigkeitsprüfung usw. vor der Wahl gemacht hatte. Einmal schon es auch so, als ob Herr Wissell die Wahlversprechungen der SPD. erfüllen wollte. Kurz nach seinem Amtsantritt erklärte Wissell in einer Presskonferenz u. a., daß die Krisenfürsorge erheblich erweitert und auch die Bedürftigkeitsprüfung gemildert werden solle. Auch die Krisenfürsorge, die mit diesen Fragen und nahm dementsprechende Anträge an. Bezeichnend aber für die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im neuen Reichstage ist der Umstand, daß sie die Anträge der Kommunisten zur Krisenfürsorge, die inhaltlich mit den Anträgen der Sozialdemokraten im alten Reichstage übereinstimmten, ablehnten. Damit haben sich diese Regierungssozialisten wieder einmal gründlich enttäuscht.

Was tat aber nun Herr Wissell... nachdem er sich erst einmal gründlich Zeit nahm, seit den Reichstagsberatungen sind über vier Wochen vergangen, ignorierte er die Beschlüsse des Reichstages über die Erweiterung des Personentreffes und die Verlängerung der Bezugsdauer auf 30 bzw. 52 Wochen und erließ Anordnungen, die nur einen Teil des Reichstagsbeschlusses verwirklichten. Das bedeutet eine glatte Unabhängigmachung der Regierung vom Reichstag. Auch über einen Wegfall bzw. Milderung der Bedürftigkeitsprüfung hat er nichts verlauten lassen. Hier aber muß endlich einmal etwas Entscheidendes geschehen, sollen nicht durch die Bestimmungen der Bedürftigkeitsprüfung die Erwerbslosen zur Verzweiflung getrieben werden. Oder ist etwa eine Milderung der Bedürftigkeitsprüfung nur deshalb unterblieben, weil man das so ersparte Geld für den Bau des Panzerkreuzers braucht?

Brand in Schmolz. Am 10. August, gegen 21,30 Uhr, erfolgte ein Marin der Landpräge nach Schmolz. Hier brannte eine dreiteilige Scheune, die mit landwirtschaftlichen Maschinen und mit Hafer gefüllt war. Die freiwilligen Feuerwehren von Schmolz und den umliegenden Orten konnten nichts ausrichten, da die Wasserentnahmestelle so weit entfernt lag, daß die vorhandenen Schläuche nicht ausreichten. Bei Anbruch der Breslauer Feuerwehr war das Feuer auch schon auf die angrenzenden Gebäude übergesprungen. Mit drei Schlauchleitungen wurde das Feuer angegriffen und zum Stehen gebracht. Nach über fünfständiger Tätigkeit konnte die Landpräge wieder einrücken. Die Entstehungsurache konnte nicht mit Sicherheit ermittelt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie auf Selbstentzündung von feuchtem Hafer zurückzuführen ist.

Notstandsarbeiter des Otpark. Diejenigen, welche nach dem 7. Mai angefangen und die Laufftunde mit eingeklagt haben, wollen sich baldigt bei Max Schaaf, Reherberg 4, melden.

Versammlungskalender

Frauen-Gautreffen!

Wir bitten alle Ortsgruppen in der Provinz, auch die, wo wir keine KFWB-Ortsgruppen haben, uns sofort die Teilnehmerinnen zu melden. Adresse: Margarethe Hahne, Breslau, Freiburger Straße Nr. 17, III. Plakette sind sofort auf Postfachkonto Breslau 74 451, Margarethe Hahne, abzurechnen. Gauleitung des KFWB.

Parteiveranstaltungen

Breslau

- Stadtteil Ost. Sämtliche Genossen sind verpflichtet, Dienstag 19 Uhr zur Kundgebung im Schießwerder sich an der Wolff-Edle, Königgräber Straße, zu sammeln.
- Stadtteil Zentrum. Dienstag 19 Uhr Antreten am „Turmhof“, Neue Antonienstraße.
- Stadtteil Nord-Ost. Heute 18,45 Uhr Bauschulplatz Antreten.

Noter Frontkämpfer-Bund

Breslau

- Abt. 1. Dienstag 19 Uhr Antreten bei Wolff zur Kundgebung im Schießwerder. Jeder sei sich seiner Pflicht bewußt.
- Abt. 2. Heute 18,45 Uhr Bauschulplatz Antreten.
- Abt. 5. Dienstag 19 Uhr Antreten am „Turmhof“, Neue Antonienstraße.
- 1. Abt. Note Jungfront (Nordost) Scheitnig. 19 Uhr Antreten Neumarkt.
- 2. Abt. Note Jungfront. Antreten bei Reimann, Altmarsch 18,30 Uhr nach dem Neumarkt.

Sonstige Organisationen

Breslau

- NS. Ost. Versammlung am Dienstag, 21. d. M., muß ausfallen. Alle Mitglieder sammeln sich Dienstag 19 Uhr bei Wolff, Edle Königgräber Straße, zur Kundgebung im Schießwerder. Erscheinen ist Pflicht.

Arbeitersport

NSV. Freiheit, Breslau — Eiche, Trebnitz 2:1.

Ein sehr flottes Spiel wurde vor ca. 300 Zuschauern gezeigt, beide Tore waren des öfteren in Gefahr. In der 18. Minute gelang es dem Linksaußen von Freiheit, einen Unhaltbaren zu landen. Daraufhin setzte Eiche alles in starke Bewegung, aber Freiheits Torhüter konnte alles halten. Erst in der 33. Minute wurde der Ausgleich erzielt. Ein Elfmeter wurde von Eiche verschent, ein Strafstoß wurde ebenfalls von Freiheit verfehlt, somit ging es in die Halbzeit mit 1:1. Nach Wiederanstoß wurde das Spiel etwas ruhiger. Jedoch 15 Minuten vor Schluß ging Freiheit wieder gewaltig vor, die Hintermannschaft von Eiche verhäutete jedoch ein höheres Resultat. Zwei Minuten vor Schluß gelang es Freiheit, das zweite Tor zu erzielen. Der Sieg war wohlverdient für Freiheit. Vorher spielten die 2 Mannschaften. Nach Anstoß zeigte sich sofort eine Ueberlegenheit Freiheits. In der 10. Minute konnte der Halbkreis das erste Tor schießen, nach weiteren 23 Minuten das 2. Tor. Halbzeit 2:0 für Freiheit. Nach Halbzeit ging das Spiel etwas flottes vor. Zehn Minuten nach Anstoß kam Freiheit zum Erfolg. Jetzt wurde Freiheit durch Eigentor wieder überlegen, so daß nach weiteren 5 Minuten der Halbkreis das dritte einsehen konnte. Zum Schluß kam auch der Mittelfürmer daran, der das 1. Tor schoß.

Werktätige Breslaus! Heraus zur Massen-Kundgebung

heute abend 8 Uhr im großen Schießwerdersaal * Thema:

Panzerkreuzer • Volkentscheid • Koalitionspolitik

Waldenburger Bergland

Gegen Panzerkreuzerbau!

Am Mittwoch, dem 22. August, 10,30 Uhr, findet im „Odeleken“, Waldenburg, eine

Rundgebung

statt. Sie wird sich mit dem Panzerkreuzerbau, Stellung der SPD. und dem Volksentscheid für Verbot des Panzerkreuzerbaues beschäftigen. Redner ist Genosse Reimann, Breslau.

Wertlätige, heraus!

Arbeiter von Altwasser!

Zur Beteiligung an der Panzerkreuzer-Rundgebung treten die Parteigenossen, KZB-Kameraden, die Mitglieder aller revolutionären Organisationen und alle, die gegen den Bau der Panzerkreuzer sind, Mittwoch um 18,30 Uhr am „Kreuz“ an.

Nieder Germsdorf. Alle Mitglieder der Partei, KZB, KZD, KZV und KZV-D kommen heute Dienstag um 17 (5) Uhr in die „Vorwärts-Hütte“ zu einer äußerst wichtigen kombinierten Mitgliederversammlung.

Grubenbesitzer wollen Ruhe haben!

Vor einiger Zeit veröffentlichte der Verein für die bergbäulichen Interessen Niederschlesiens den Bericht für das Geschäftsjahr 1927. Dieser Bericht ist ein einziges Klagegedicht über die angeblühete Notlage, in der sich die Grubenbesitzer befinden. Trotzdem muß er zugeben, daß die Konjunktur des Jahres 1927 eine ausgezeichnete war. Hier einige Auszüge:

„Der deutsche Kohlenverbrauch, der beste Gradmesser der Konjunktur, übertraf nicht nur den Monatsdurchschnitt des Jahres 1926, sondern in den letzten Monaten des Berichtsjahres sogar den durchschnittlichen Monatsverbrauch Deutschlands in den jetzigen Gebietsgrenzen in dem letzten Vorkriegsjahre 1913. Die Produktion des deutschen Steinkohlenbergbaues erreichte mit rund 153,5 Millionen Tonnen, die diejenigen des durch den englischen Bergarbeiterstreik

begünstigten Vorjahres (135,4 Millionen Tonnen) um rund acht Millionen Tonnen, und die des letzten Vorkriegsjahres 1913 in den heutigen Gebietsgrenzen um rund 13 Millionen Tonnen übertraf.“

Nach dieser Feststellung wird über die englische Konkurrenz geklagt und nach Wegen zu ihrer erfolgreichen Bekämpfung gesucht. „Die technische und organisatorische Rationalisierung ist bis zu einem Grade durchgeführt worden, der es zweifelhaft erscheinen läßt, ob auf diesem Wege von dem Bergbau selbst noch so viel erwartet werden kann“, sagt der Bericht und bringt damit zum Ausdruck, daß lediglich die andere Möglichkeit, nämlich Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung, zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit übrig bleibt. Nach einer verlogenen Polemik gegen die staatliche Lohnpolitik, mit der gerade die niederschlesischen Grubenbesitzer allen Anlaß hätten, zu frohen zu sein, wird am Schluß des Berichtes gesagt:

„Man möge dem niederschlesischen Bergbau endlich einmal ein paar Jahre ruhiger Entwicklungen geben (das heißt, die Arbeiter sollen ein paar Jahre auf jegliche Lohnforderungen verzichten). Es wäre dann zweifellos möglich, die Arbeitnehmerschaft an den gesteigerten, das heißt dann hoffentlich wirklich vorhandenen Erträgen, teilnehmen zu lassen. Bisher hatte man es immer nur erleben müssen, daß alle Rationalisierungsmaßnahmen fast schon im Entstehen dadurch illusorisch wurden, daß die aus ihnen erhofften Erfolge durch Lohn- und Gehaltsforderungen, denen die Schlichtungsbehörden in allzuwilliger Weise nachgaben, vorweg aufgezehrt wurden und die Rationalisierung sozusagen noch einmal von vorne begonnen werden mußte.“

Diese Auslassung der niederschlesischen Grubenbesitzer ist eine seltene Provokation der in bitterster Not lebenden Bergarbeiter. Gerade der Reichsarbeitsminister und die Schlichter waren es, die mit williger Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Bergarbeitern die Möglichkeit raubten, menschenwürdige Löhne zu erlangen.

Mögen die niederschlesischen Grubenbesitzer jammern, Eindruck werden ihre Jeremiaden nicht machen. Die Revierkonferenz am Sonntag hat die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. August beschlossen und Forderungen aufgestellt. An diesen Forderungen muß festgehalten werden. Unter Verzicht auf den Schlichter und Arbeitsminister wird es in geschlossener Front den Bergarbeitern möglich sein, die aufgestellten Mindestforderungen durchzusetzen.

Kapitalistenrecht

Von einem parteilosen Funktionär des Fabrikarbeiterverbandes Waldenburg wird uns geschrieben: Am 12. August fand eine Funktionärskonferenz statt, in welcher der Redakteur des „Kameradschaftsbundes“ über die Entwicklung der feinkameradschaftlichen Industrie sprach. Nach einigen Zahlen über Export, Inlandsabsatz, Preisbildung usw.

Niederschlesien

Programm

zum 1. Roten Frauen-Vortreffen am 25./26. August 1928

Sonntag 15 Uhr: Abholung unserer auswärtigen Teilnehmerinnen. Meldebüro: Janke, Friedrichstraße 41.

19 Uhr: Begrüßungsrundgebung bei Hoffmann, Pödelwitz. Musik, Theater, Rezitationen: Kämitz Süßler. Lichtbildvortrag: „Die Frau im Kampf gegen den imperialistischen Krieg“. Frauenprediger: Vorführungen des Jung-Spartakus-Bundes.

Sonntag 9 1/2 Uhr: Sitzung der Ortsgruppenleiterinnen.

12 1/2 Uhr: Antreten zur Demonstration am Weihenburger Platz, am Freiburger Bahnhof.

13 Uhr: Abmarsch von den Sammelstellen nach dem Schießwerderplatz. Massenrundgebung auf dem Neumarkt. Ansprachen. Rednerin: Landtagsabgeordnete Hanna Ludwig, Berlin. Demonstration zu Hoffmann, Pödelwitz. Dort Gartenkonzert der KZB-Kapelle. Im Saale Tanz.

Görlitz

Der Aerger über die Pleite

In der Nummer 194 vom 16. August 1928 der „Görlitzer Volkszeitung“ geißert ein ausgeprägtes Schreibergehirn der „Volkszeitung“ Tante über den Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ von der Verfassungskonferenz und dem in die Brüche gegangenen „großen“ Fadelzug des Reichsbanners. Liebes Schreiberlein, wenn du noch in solch unklarer Weise auf den Bericht schimpfst, bewegst du die Tatsache der Pleite der Verfassungskonferenz nicht vorwärts. Es ist allgemein bekannt, daß wenn die „Herren“ der Luisenstraße und der SPD die Wahrheit erfahren, daß dann mit aller zur Verfügung stehenden und schon oft widerlegten launischen Lügen gegen die SPD und die „Arbeiter-Zeitung“ losgezogen wird. Den neuesten Beweis brachte die Bewilligung des Panzerkreuzerbaues. Jeden Tag wird von diesen Schreiberlein eine andere Stellung eingenommen, so daß selbst die eigenen Leser die Köpfe schütteln. Der Schreiber des Artikels in der „Volkszeitung“ mag es nicht, auf die gestellten Fragen zu antworten, sondern denkt, mit faulen Ausreden die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Wo sind die Unglücksfälle zu finden? Die Aufmärsche der SPD und des KZB werden von Woche zu Woche größer, die Aufmärsche der Panzerkreuzerprojektion und des Reichsbanners werden dagegen immer kleiner. Es war sonst üblich bei der „Volkszeitung“, daß sie bei Veranstaltungen immer die Teilnehmerzahl gezählt haben, aber mit der Zeit haben sie das zählen verlernt und können eben nur noch die Zeilen eines Artikels nachzählen. Nun, lieber Schreiber der „Volkszeitung“, alle diejenigen, die diesen kapitalistischen Staat und dessen Verfassung unterstützen, zählen bestimmt nicht zu unseren Arbeitsbrüdern, da sie das Werk der Unterdrückung fördern und verteidigen, ganz gleich, daß sie selbst keine Vorteile davon haben, sondern ebenso ausgebeutet werden wie die revolutionäre Arbeiterschaft. Arbeiter im Reichsbanner und der SPD, laßt euch nicht länger als Stimmvieh benutzen, erkennt, wohin ihr gehört! Nicht in das Lager der Kriegskreditwilliger und Panzerkreuzerbauer, sondern ins Lager der Massenbewussten Arbeiterschaft, in die kommunistische Partei!

Vergeht die Opfer der Klassenjustiz nicht

Trotzdem 300 politische Gefangene jäh die Freiheit wiedererlangt haben, schmachten noch immer ehrliebe Proletarier hinter Zuchthausmauern. Die Rote Hilfe ist die einzige Organisation in Deutschland, die sich um die politischen Gefangenen kümmert. Sie stellt Rechtschutz, versorgt während der Haft die Angehörigen mit Lebensmitteln und Geldunterstützungen. Die politischen Gefangenen werden von ihr betreut und besser versorgt, und nach der

Entlassung greift die Rote Hilfe weiter helfend ein, bis die entlassenen Proletarier wieder festen Fuß gefaßt haben. Um dies alles durchzuführen zu können, braucht die Rote Hilfe große Geldmittel. Darum unterstützt die Rote Hilfe und sorgt für Massenbesuch der am 24. August stattfindenden Sacco- und Vanzetti-Fest im Konzerthause. Für ein geringes Eintrittsgeld bekommt ihr ein gutes Programm zu sehen. Gleichzeitig helft ihr durch euren Besuch der Roten Hilfe.

Am 24. August 20 Uhr erscheint alles im Konzerthause!

Penzig. Etwas von der hiesigen Ortskrankenkasse. Wir haben uns schon einmal mit Herrn Kusche von der hiesigen Ortskrankenkasse beschäftigt. Folgender Fall möchten wir der Penziger Arbeiterschaft nicht vorenthalten. Ein hiesiges Krankenkassen-Mitglied hatte vom Arzt aus eine Bescheinigung zu einer Kostengenaufnahme bekommen, um die Ursache der Krankheit (Oberkiefervereiterung) festzustellen. Da das Krankenkassen-Mitglied leider viele schwere Krankheiten hinter sich hat, sagte der feine Herr: „Sie müssen nun bald mal aufhören.“ (Ja, Herr Kusche, zu arbeiten oder krank zu sein?) Zum Spaß wird sich wohl niemand operieren lassen; oder verstehen Sie es, Herr Kusche, besser, als wie der Arzt? Es wäre bei Ihnen sehr angebracht, Sie hörten nun endlich auf, mit den Kranken so umzugehen, wie Sie es bis jetzt getan haben.

Niesky

Genosse Franz spricht

Am Freitag, dem 24. August, spricht im Gasthof „Deutscher Hof“ der amnestierte Genosse Franz über seine Erlebnisse hinter Kerlertauern. Weiter spricht Genosse Walzer über „Imperialistische Kriegsgefahr“. Arbeiterinnen und Arbeiter von Niesky, erscheint zu dieser Versammlung recht zahlreich.

Greifenberg. Betriebsunfall. In der Schlesiens Blau-Färberei in Greifenberg ereignete sich ein schrecklicher Unfall. Die Schürze eines Arbeiters in der Färberei wurde beim Auflegen des Vorläufers auf den Jigger von der Walze erfaßt und der Arbeiter mit auf die Walze gewickelt und mehrere Male herumgeschleudert. Er mußte aus der Bäre, die ihn festgeklemmt hatte, förmlich herausgehauen werden. Außer einem Beinbruch zog sich der Verunglückte noch schwere Verletzungen und Quetschungen zu. Er fand im Krankenhaus Aufnahme.

Grünberg

Der „Volkswille“ geißert

Im „Volkswille“ (Organ der SPD) gibt ein Schmierfink sich redlich Mühe, die am 10. August stattgefundene Antikriegsdemonstration als eine „fällige Demonstration gegen die SPD“ zu bezeichnen. Verlogen, wie sein ganzer Bericht, gibt er an, daß das, was der Redner gesprochen, längst in der SPD-Presse veröffentlicht worden ist und somit nichts neues war. Allem Anschein nach hat der Zeitgenosse geträumt, daß seine Zeitung sich in der Form über den polnisch-litauischen Konflikt ausgesprochen haben soll. Im Gegenteil, als selbst die bürgerliche Presse die drohende Kriegsgefahr nicht mehr verschweigen konnte, waren es die Schmutzblätter, wie der „Volkswille“, die in der gemeinsten Art und Weise gegen das Vaterland der Arbeiter, die Sowjetunion, schmähten und vom „roten Imperialismus“ und bergleichen geißelten. Der Bericht des Zeilenschinders geht auf nichts anderes aus, als auf eine Verächtlichmachung der Antikriegs-Rundgebung und da belundet sich der Schmierer als das, was er ist. Ganz wie es im Rahmen der SPD-Politik liegt, die Arbeiter abzuhalten von betriebligen Rundgebungen, damit sie sich nachher gebührend mit dem bewußten Willen der SPD-Führer für die kapitalistischen Interessen hinstrecken lassen. Er ist genau ein solcher Arbeiterverrat wie Koste, Weiss und Konpott. Die SPD braucht

sich er sich über die Rationalisierung aus. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Worten:

„Die Betriebsräte und Funktionäre müssen die Fliegarbeit fördern und sich gegen die technischen Neuerungen nicht wehren, auch wenn der eine oder andere dabei geschädigt wird. Die Funktionäre müssen die Dränger sein, um die Rationalisierung vorwärts zu treiben und die rückwärtigen Direktoren müssen geschoben werden. Nur so wird es möglich sein, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber den Japanern, Tschechen, Engländern und Amerikanern aufrecht zu erhalten. Und nur dann wird es den Unternehmern und auch den Arbeitern gut gehen.“

Kommentar überflüssig!

Oberes Revier

Schwarzwaldbau. „Sie trugen ihn zu Grabe...“ Am Sonntag, dem 12. August, dem Tage des Riesenaufluges der Roten Front in Liebau, als Demonstration gegen neue Machtergreifung des neudeutschen Imperialismus, machte der hiesige Sozialdemokratische Wahlverein unter Vorantritt der Reichsbannerkapelle einen Ausmarsch nach Mittel-Ronradswaldbau, um dort den Nationalfeiertag zu würdigen. Trotzdem man zu dem Auszuge wieder einmal die rote Sturmflamme mitführte, zeigte die Teilnahme, daß die SPD, keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorholt. Es folgten der Reichsbannerkapelle außer den Fahnenträgern ganze drei Mann, und von diesen Dreien war noch einer das Haupt der Veranstaltung (Referent). Heimlich, still und leise kamen dann abends gegen 19,30 Uhr die Fahnenträger, die Fahne unter dem Arm, angepöbelt, nachdem man vielleicht die Reichsbannerkapelle im Gänsegeschrei über den Vogelberg heimgeschickt hatte. In der Arbeitergelegenheit der Männer konnte man wahrnehmen, daß sie sich schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen: — „Sie trugen ihn zu Grabe, den Sozialdemokratischen Wahlverein...!“

Landeshut

Dem Rachen des Todes entronnen

Die drei Bergbauer, die in den Schachtler Kohlenwerken infolge eines Streikbruchs eingekerkert wurden, sind nach ununterbrochenen stundenlangen Rettungsarbeiten gerettet worden. Sie waren völlig erschöpft, aber unverletzt.

Bolkenhain

Gegen Panzerkreuzerbau!

Am Donnerstag, dem 23. August, spricht im Gasthof „Grüner Baum“ der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau“. Alle Mitglieder der Roten Hilfe, der SPD und des KZB, treten am Donnerstag, dem 23. August, 19 Uhr, am „Grünen Baum“ an zum Empfang des Genossen Heud. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

und will ja keine Antikriegsdemonstration, denn das ginge ja gegen den imperialistischen Kurs. Sie werden sich, wie immer, auf den Boden der Tatsachen stellen wie Philipp Scheidemann, der Mann mit dem himmelblauen Augenaufschlag und der verdorrten Hand. Bieweit wir Kommunisten Recht haben mit unserer Beurteilung der Kriegsgefahr, werden die Arbeiter bald erkennen, aber noch mehr durch die Taten der SPD in dem Kabinett der „leeren Köpfe“, flehe den Bau von vier Panzerkreuzern, das Geburtsstagsgeschenk der SPD, auf den Gabelstisch unserer herrlichsten aller Verfassungen. Nur weiter so, wir werden gute Ernte halten.

Zwischen den Zug geworfen. Vor dem Bahnhof warf sich ein Mann zwischen die Wagen des von Neusalz kommenden Zuges. Er wurde erheblich verletzt.

Sagan

Der Herr Pastor gegen Wohnungsjüden

Sagan gehört mit zu den Städten, in denen das Wohnungsseind zum Himmel stinkt. Noch mehr aber die „Arbeit“ des Wohnungsamtes. Proleten mit kranken Kindern haufen in jämmerlichen Löhern. Das Wohnungsamt winkt ab. Es sind nur Proleten. Ja, wenn es anders wäre. Lebt da hier in Sagan der nach einer Badpfeifengeschichte in den Ruhestand getretene Hauptmann v. Scheerer. Bestrebt, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuhelfen, kauft er in Puschlau bei Neuhammer ein versteigertes Grundstück und will sich daselbst als Hünerzüchter versuchen. Denormaligen Besther läßt er der Einfachheit halber auf die Straße setzen. Dem anderen Bewohner verspricht er, da er berechnigte Befürchtungen für seine treuherzige Rückgratverlängerung hegt, eine Wohnung zu beschaffen. Der Herr Hauptmann geht auf diese hiesige Wohnungsamt (das war vor circa 14 Tagen), verlangt für den Puschlauer Bürger eine Wohnung. Und siehe da, am Freitag voriger Woche erhielt derselbe den Bescheid, er solle umgehend die Pischendorfer Straße 6 freigemordene Stube und Küche beziehen. Und nun, Saganer Wohnungsjüden, hört: Der Obermimer bei der Sache war Pastor Krüger! Dieser würdige Gottesmann hält die Hünerzucht des feudalen Häuptlings für wichtiger als die Bekämpfung der Saganer Wohnungsnot. Von Scheerer bemohnt hier eine Fünfstübchenwohnung, in Puschlau benötigt er fünf Stuben und Küche, und der salbungsvolle Pastor unterstützt ihn dabei. Herr Pastor, bei der fraglichen Sitzung wurde Ihnen der Antrag eines Lungenkranken, von Herrn Hoffmann rot angegriffen, vorgelegt. Und was haben Sie gemacht? Sind Sie nicht Vorstand der hiesigen Tuberkulosefürsorge? Ich würde Ihnen empfehlen, die Puschlauer Hünerfarm ins Kirchengelände einzuschließen. Saganer Prolet, merkt du was?

Aus dem Riesengebirge

Girschberg. Quartiere werden gesucht. Zum 14. Internationalen Jugendtag in Girschberg werden noch eine Anzahl Quartiere benötigt. Quartieranmeldungen nimmt jedes Mitglied der Partei, Jugend oder KZB in Empfang.

Hallo, die „Trommler“ spielen in Girschberg! Zum Begrüßungsabend am 1. September im „Berliner Hof“, Girschberg, spielen die „Trommler“, die bekannte Arbeiter-Schauspielertruppe, eine große politisch-athletische Revue in 18 Bildern, „Von Wilhelm II. bis Hermann Müller“. Programme zum Preise von 60 Pfennig für Erwachsene und 40 Pfennig für Jugendliche und Erwachsene sind schon heute bei den Mitgliedern der Jugend, Partei und KZB zu haben.

Kaufung a. R. Wertlätige von Kaufung, auf zur öffentlichen Volksversammlung am Mittwoch, dem 22. August, 19,30 Uhr im Gasthaus zur „Schauen Baum“. Der durch die Amnestie befreite Genosse Christian Heud spricht über „Koalitionsregierung und Amnestie“.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Gerechtheit“, „Wahrheit“ und „Vaterland“ Wilhelm Pischel, für „Kameradschaft“ und „die Arbeiterbewegung“ Friedrich Jäger, sämtlich in Dresden. Für den ober-schlesischen Teil Theodor Seidel, Bielitz. — Für Inzerate H. Gieseler-Breslau